

Michael Grandt

Schlachtfeld

Ukraine:

**Angriffs- oder
Präventivkrieg?**

**Analysen
Ursachen
Hintergründe**



Dr. h.c. Michael Grandt

Schlachtfeld Ukraine: Angriffs- oder Präventivkrieg?

Analysen – Ursachen – Hintergründe

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Eine Sonderausgabe des Deutschland-Magazin

1. Auflage Mai 2022

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
IBAN: DE 86 2001 0020 0033 3332 05 – BIC: PBNKDEFF

Druck:
SZ-Druck & Verlagsservice GmbH
Urbacher Straße 10 – 53842 Troisdorf

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung	9
Teil I: Fakten, die Sie kennen müssen	12
1. Hat der Westen den Russen tatsächlich versprochen, keine NATO-Osterweiterung vorzunehmen?	12
– <i>Gebrochene Zusagen</i>	12
– <i>Erpresste Zustimmung?</i>	15
– <i>Vertrauen ist wichtiger als Verträge</i>	16
– <i>Amerikaner ohne Gewissen?</i>	17
– <i>Fazit</i>	17
2. Das Budapester Memorandum	18
3. Putin streckt die Hand aus	19
4. Schicksalsjahre 2004 & 2014	20
2004: Die Orange Revolution	20
2014: Der Euromaidan	22
– <i>Vorgeschichte: Es geht um Rohstoffe und geopolitische Vorteile</i>	22
– <i>Das Chaos beginnt</i>	25
– <i>Hintergrund: Vitali Klitschko saß mit Antisemiten und Rechtsextremen im selben Boot</i>	25
– <i>Neonazis in der ukrainischen Führung und in der Armee?</i>	30
– <i>Das Massaker von Odessa</i>	32
– <i>Bürgerkrieg in der Ukraine</i>	34
5. Die Annexion der Krim	35
6. Minsk-I	36
7. Minsk-II	37
8. Wie die CIA die ukrainische Armee auf einen Krieg vorbereitet hat	38

9. 24. Februar 2022: Der russische Einmarsch in die Ukraine	39
– <i>Die militärische Stärke vor der Invasion der Ukraine</i>	41
Teil II: Die Sicht der Ukraine	42
Wer ist Wolodymyr Selenskyj? – Eine Kurzbiografie	42
– <i>Hintergrund: Selenskyj zwieltiger Mentor: Ihor Walerijowytsch Kolomojskyj</i>	44
1. Atomraketen auf den Kreml?	45
2. Ukrainisches Sprachgesetz: »Recht auf Bedienung in der Landessprache«	46
3. Selenskyj drängt in die NATO	48
4. Selenskyj drängt in die EU	48
5. »Unsere Würde ist der größte Schatz«	49
6. Das Spiel mit dem Dritten Weltkrieg	50
7. »Putin, du bist ein Mörder!«	52
Teil III: Die Sicht der Russischen Föderation	54
Wer ist Wladimir Putin? – Eine Kurzbiografie	54
1. Russland will Sicherheitsgarantien	57
– <i>Die Truppenstärke der größten Armeen der Welt (2022)</i>	58
2. »Wir kämpfen gegen Neo-Nazis«	60
3. »Von der Ukraine geht eine Angriffsgefahr aus«	61
4. »Der Dritte Weltkrieg ist ein Kernwaffenkrieg«	62
– <i>Die Nuklearwaffendepots der Atommächte</i>	63
5. »Man hat aus der Ukraine eine Art Anti-Russland gemacht«	64
– <i>Streitkräftevergleich</i>	65

Teil IV: Welche Folgen hat der Krieg in der Ukraine für uns?	66
1. Der »Pearl-Harbor-Moment«: Deutschland wird wieder militarisiert	66
– <i>So desaströs wurde die Bundeswehr »kastriert«</i>	67
2. Energiekrise: Werden wir im nächsten Winter frieren?	67
– <i>Erdgas: Die größten Exporteure</i>	68
– <i>Rohöl: Die größten Exporteure</i>	68
– <i>Russlands Anteil an deutschen Importen</i>	69
– <i>Bedeutung Russlands für die deutsche Wirtschaft</i>	69
– <i>Primärenergieverbrauch in Deutschland</i>	71
3. Lebensmittelkrise: Werden wir bald hungern?	71
Fazit	73
Über den Autor	75
Literaturhinweise	76
Endnoten/Quellen	82

Wichtige Vorbemerkung des Autors:

Die Aussagen in diesem Buch entsprechen meiner freien Meinung und sind alleine meine Ansichten. Meine Werturteile stellen daher eine bloße Meinungsäußerung dar. Fremdbehauptungen werden durch Quellen belegt. Diese sind im Anhang wiedergegeben und können jederzeit überprüft werden.

Die Links in den Quellenangaben wurden zum Zeitpunkt der Recherche geprüft und verifiziert. Bei Redaktionsschluss waren die Quellen alle aufrufbar. Sollte dies nach der Drucklegung nicht mehr der Fall sein, so können Online-Artikel oft noch über die Wayback Machine des Internetarchivs (<https://archive.org/web/>) aufgefunden werden. Für Links, die nach der Veröffentlichung von den Seitenbetreibern gelöscht oder verändert wurden, übernehme ich und der Verlag keine Verantwortung.

= Para Maria: Minha Vida =

Einleitung

I.

Mit dem Beginn der russischen Militärintervention in der Ukraine erlebte unser Kontinent den schwärzesten Tag seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Der 24. Februar 2022 wird als düstere Zeitenwende in die Geschichtsbücher eingehen, denn das Unvorstellbare ist zurück: Der Krieg in Europa, und das keine zwei Flugstunden von Deutschland entfernt.

Als ich im November 2019 in Kiew auf dem Maidan stand, konnte ich nicht ahnen, dass nur zweieinhalb Jahre später der Krieg in seiner brutalsten Form auch in dieser wunderschönen Stadt Einzug halten würde.

Krieg ist **niemals** zu rechtfertigen. Er trifft immer die Unschuldigen mit Willkür, Tod, Zerstörung, Verlust und Not, mit auseinandergerissenen Familien, verzweifelten Menschen, mit weinenden Kindern und mit Millionen von Flüchtlingen.

Meine Gedanken sind bei den vielen Opfern – auf beiden Seiten.

II.

Krieg ist immer auch mit Emotionen und mit Propaganda verbunden. Deshalb ist Unaufgeregtheit und Sachlichkeit wichtig, wenn man begreifen will, **was** wirklich geschehen ist.

Sicher ist, Putin hat einen Angriffskrieg entfacht, Völker- und Menschenrecht gebrochen, unendliches Leid verursacht und die Weltgemeinschaft gegen sich aufgebracht. Russland zahlt dafür einen horrenden Preis, der täglich höher wird. Quasi über Nacht ist das größte Land der Welt zum Schurkenstaat geworden, zum Paria unter den Völkern – ohne Ehre, ohne Respekt, ohne wahre Freunde. Politisch, sportlich, kulturell und wirtschaftlich steht der »Riese« (fast) verlassen auf tönernen Füßen da. Seine meist noch sehr jungen Soldaten werden in einem brutalen Krieg »verheizt«.

III.

Ich habe ukrainische und russische Freunde, und beide Seiten argumentieren auf ihre Weise. Wer von ihnen hat Recht? Wer von ihnen

lügt? Oder liegt die Wahrheit wie so oft – in der Mitte? Um das herauszufinden, musste ich drei Jahrzehnte in der Geschichte zurückgehen.

Diese Betrachtung soll deshalb ganz bewusst **keine** Beschreibung des Krieges in der Ukraine, keine einseitige Bewertung und auch keine Parteinahme sein. Meine Intention ist es, die Hintergründe zu analysieren und zu beschreiben, **warum** es zu diesem Krieg gekommen ist. Wichtig sind mir dabei die Argumente beider Seiten, die der Ukraine und die der Russischen Föderation. Das soll nicht **verklären**, sondern **erklären**.

Die Formel: »*Putin = Böse / Ukraine = Gut*« ist viel zu einfach und zu kurz gegriffen, denn es steckt viel mehr hinter diesem Konflikt.

Ich werde in dieser Publikation folgende brisante Fragen beantworten:

- Hat der Westen tatsächlich versprochen, *keine* NATO-Osterweiterung vorzunehmen?
- Warum wurde Putins ausgestreckte Hand zurückgewiesen?
- Ziehen die USA im Hintergrund doch die Strippen in der Ukraine?
- Wer ist die zwielichtige Person, die hinter Präsident Selenskyj steckt?
- Warum wurde die ukrainische Armee schon vor dem Angriff von der CIA in einem »Geheimprogramm« ausgebildet?
- Gibt es doch Neo-Nazis in der Ukrainischen Armee, wie Putin behauptet?

Außerdem:

- Wird die Ukraine vom Westen »geopfert«?
- Ist Russland unter Putin zu einem »Mafiastaat« geworden?
- Welchen Einfluss haben auch heute noch die Oligarchen in Russland und in der Ukraine?
- Wie wird es mit Deutschland weitergehen?
- Welche Folgen hat der Krieg für uns?
- Werden wir bald hungern und frieren?

Ich werde Fakten präsentieren, die hierzulande entweder nicht bekannt, oder wenn doch, weitgehend verschwiegen oder verfälscht werden.

Niemand hat die Wahrheit gepachtet. Eine einseitige Darstellung ist deshalb immer eine Manipulation und dient nicht der Wahrheitsfindung.

Ich versuche in dieser Publikation zunächst Fakten und Hintergründe darzustellen. Danach werde ich die ukrainische und dann die russische Sicht des Konfliktes beschreiben. Der Leser soll sich ganz bewusst sein eigenes Urteil bilden können.

In diesem Sinne alles Gute,

Ihr

Michael Grandt

Teil I: Fakten, die Sie kennen müssen

1

Hat der Westen den Russen tatsächlich versprochen, keine NATO-Osterweiterung vorzunehmen?

Es ist *die* Frage, die heute die Gemüter erregt: Hat der Westen den Russen tatsächlich zugesagt, *keine* NATO-Osterweiterung durchzuführen und sein Versprechen danach gebrochen, so wie Putin argumentiert? – Die Antwort auf diese heikle Frage liegt weit zurück, genauer gesagt über drei Jahrzehnte.

Rückblick: Der Fall der Mauer im Jahr 1989. Der Kalte Krieg war vorbei. Deutschland wurde ein Jahr später wieder vereint. Der eiserne Vorhang war Geschichte. Russlands Armee zog nach 49 Jahren ab.¹

In den Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung forderte die Sowjetunion, *keine* ausländischen NATO-Truppen in der ehemaligen DDR zu stationieren, und die NATO sollte sich *nicht* nach Osten ausdehnen. Die damaligen Präsidenten der Weltmächte waren George H. W. Bush und Michail Gorbatschow.

Andreas Zumach, der damals als Korrespondent für die *taz* in Genf gearbeitet hatte:

*»Im Februar 1990 haben sowohl die Regierung der USA wie auch die Bundesregierung, damals Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Herrn Gorbatschow und seinem Außenminister Eduard Schewardnadse klar versprochen, es wird keine Ausdehnung der NATO nach Osten geben«.*²

Stimmt das?

Gebrochene Zusagen

Faktensuche: Der damalige Bundesaußenminister Genscher sagte am 31. Januar 1990 in einem Vortrag vor der Evangelischen Akademie Tutzing (Hervorhebungen durch mich):

»Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine **Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben** (...) Der Westen muss auch der Einsicht Rechnung tragen, dass der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungsprozess nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen dürfen.«.³

Frank Elbe, der zu den engsten Mitarbeitern von Genscher gehörte und von 1987 bis 1992 das Ministerbüro leitete, war 1990 Mitglied der Bonner Delegation bei den 2+4-Verhandlungen über die deutsche Einheit. In einem SPIEGEL-Interview Ende Februar 2022 bestätigte er, dass er selbst mit Genschers Narrativ »Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben«, nach Washington geflogen sei, und sich dort mit zwei engen Mitarbeitern des US-Außenministers Bakers getroffen hatte:

»Die Amerikaner fanden den Gedanken gut (...) Genscher traf auf einen strahlenden Baker, der sagte, die Formel mit der Nichtausdehnung gefalle ihm, und er werde dafür sorgen, dass sie im Bündnis akzeptiert werde.«.⁴

Auf die Frage, dass manche Beobachter meinten, Genschers Vorschlag habe sich *nur* auf die DDR bezogen, antwortete der Zeitzeuge Elbe:

»Das ist falsch. Das würde ich sogar unter Eid aussagen (...) Sowohl Baker wie auch Genscher haben Anfang Februar 1990 den Vorschlag im Kreml präsentiert.«.⁵

Ein deutscher Aktenvermerk gibt Genschers Aussage gegenüber dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse so wieder:

»Für uns steht fest: Die NATO werde sich nicht nach Osten ausdehnen«. Das gelte »ganz generell«. Schewardnadse soll entgegnet haben, er glaube »allen Worten« Genschers«. ⁶

Frank Elbe:

»Das ist korrekt. Ich war dabei. Aus der Formulierung »ganz generell« können Sie entnehmen, dass es sich eben nicht nur um die DDR handelte«. ⁷

Ich stelle fest: Der amerikanische und deutsche Außenminister sagten dem russischen Außenminister im Kreml also zu, dass es »generell« keine NATO-Osterweiterung geben würde.

Bei einem Pressestatement am 2. Februar 1990 wiederholte Genscher dies in der Öffentlichkeit. Neben ihm stand der damalige US-Außenminister Baker. Originalton (Hervorhebungen durch mich):

»Wir waren uns einig, dass **nicht** die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet **auszudehnen nach Osten**. Das gilt übrigens **nicht nur in Bezug auf die DDR**, die wir dann nicht einverleiben wollen, sondern **das gilt ganz generell**«. ⁸

Genschers Worte, mit Zustimmung des US-Außenministers, die heute noch jeder nachhören und nachsehen kann, waren ein klares Versprechen an die Russen. Klarer geht es nicht.

Am 9. Februar 1990 versprach US-Außenminister Baker dann auch dem russischen Präsidenten Gorbatschow: Wenn die USA ihre Präsenz in Deutschland im Rahmen der NATO behalte, werde deren Militärliebe »nicht einen Zoll in östliche Richtung ausgedehnt« werden. ⁹

Doch später sollte Baker genau das Gegenteil behaupten. Aber es existiert eine stichwortartige Notiz über das Gespräch, die als Zusage verstanden werden kann, eine NATO-Osterweiterung nicht zuzulassen. ¹⁰

Die Versprechungen gingen noch weiter: Am 11. April 1990 sagte der britische Außenminister Hurd beim Staatsbesuch in Moskau zu Gorbatschow, sein Land erkenne die Wichtigkeit an, »nichts zu tun, was sowjetischen Interessen und sowjetische Würde beeinträchtigt«. ¹¹

Kritische Historiker argumentieren, dass nur aufgrund dieser und zahlreicher ähnlich lautender Zusicherungen Gorbatschow in die Wiedervereinigung Deutschlands und dessen anschließende NATO-Mitgliedschaft eingewilligt habe. Die Klagen russischer Politiker über den »Verrat« seien deshalb berechtigt. ¹²

Doch der deutsche Politikwissenschaftler Hannes Adomeit widerspricht – politisch korrekt – dem Narrativ vom westlichen Wortbruch. Es sei »nur« davon die Rede gewesen, das »ehemalige Staatsgebiet der DDR« nicht sofort in die NATO-Strukturen zu integrieren. Adomeit resümiert wahrheitswidrig (Hervorhebung durch mich):

»Mit einem **Wort-** oder **Vertragsbruch** hat dies aber **nichts zu tun**«. ¹³

Dagegen argumentiert der amerikanische Politikwissenschaftler Marc Trachtenberg, dass die deutschen und amerikanischen Außenminister, Genscher und Baker, sich im Januar und Februar 1990 durchaus auf Osteuropa bezogen hätten und nicht nur auf die DDR. Dies werde durch weitere Äußerungen, etwa gegenüber der Presse, und den Kontext der

Gespräche deutlich.¹⁴ Das ist korrekt, was die Aussagen von Baker und Genscher dokumentieren.

Dass es keine NATO-Osterweiterung geben würde, war für die Sowjetunion und später auch für die Russische Föderation nämlich sehr wichtig.¹⁵ Wie schon erwähnt: Michail Gorbatschow legte Wert darauf, dass keine NATO-Truppen in Ostdeutschland stationiert werden,¹⁶ geschweige denn vor seiner »Haustür«.

Die damaligen Protagonisten, US-Präsident George H. W. Bush, der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow und Bundeskanzler Helmut Kohl unterzeichneten am 12. September 1990 schließlich den 2+4-Vertrag »über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland«.¹⁷ Als Gegenleistung für seine Kompromissbereitschaft hatte Kohl Gorbatschow in bilateralen Gesprächen ein Geldpaket von insgesamt rund 100 Milliarden DM angeboten: als Kredite, Wirtschaftshilfe und zur Finanzierung des Abzugs der Roten Armee aus Ostdeutschland.¹⁸

Erpresste Zustimmung?

Im Jahr 1993 erklärte der erste Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, gegenüber US-Präsident Bill Clinton, dass die Öffentlichkeit in einer NATO-Osterweiterung eine »*Neo-Isolation*« Russlands sehe.¹⁹ Am 15. September 1993 schrieb Jelzin Clinton schließlich, der 2+4-Vertrag schließe seinem Sinn nach, eine NATO-Osterweiterung aus.²⁰ Das sahen die Amerikaner jedoch anders.

Als Clinton Jelzin im September 1994 dann mitteilte, die NATO würde sich nun **doch** in Richtung Osten erweitern, fühlte sich der russische Präsident betrogen. Denn statt Partnerschaft für alle, offerierte die NATO nun früheren Warschauer-Pakt-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien) den Eintritt in die exklusive westliche Allianz. In einer zornigen Rede brandmarkte Jelzin die geplante NATO-Expansion im Dezember 1994 als Beginn eines »*kalten Friedens*« im Widerspruch zur Logik von 1990.²¹

Mit der NATO-Russland-Grundakte von 1997 wurde dann der Versuch unternommen, Russlands Vorbehalte gegenüber der Osterweiterung abzuschwächen. Darin erklärten die NATO und Russland ihre Absicht, eine starke, stabile, dauerhafte und gleichberechtigte Partnerschaft aufzubauen. Ziel sei es, die Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum zu stärken.²²

Richtig ist: Boris Jelzin stimmte der NATO-Osterweiterung noch im selben Jahr zu. Richtig ist aber auch: Er erklärte, er »*tue das nur, weil der Westen*« ihn »*dazu zwingt*« und benannte die NATO-Osterweiterung als »*illegal*«. ²³

Der bereits oben benannte Diplomat Frank Elbe, erklärte Jelzins Zwangslage so:

»*Er war angesichts der ökonomischen Situation Russlands auf eine Zusammenarbeit mit dem Westen angewiesen*«. ²⁴

Die NATO-Osterweiterung also gegen westliche Lebensmittellieferungen und andere Güter, damit Jelzin an der Macht blieb? Das ist wohl eine Frage, die die Historiker noch lange beschäftigen wird.

Vertrauen ist wichtiger als Verträge

1997 erklärte der russische Außenminister Jewgeni Primakow, ehemaliger Gorbatschow-Berater und Leiter des russischen Auslandsgeheimdienstes, dass mehrere westliche Führer »*Gorbatschow gesagt hätten, dass kein einziges Land, das den Warschauer Pakt verlässt, der NATO beitreten würde*«. ²⁵

Versprechungen gab es vom Westen also viele, das ist unbestritten. Doch es hat nie ein *schriftliches Abkommen* darüber gegeben. Das ist der Haken.

Dr. Dimitri Trenin, von 1977 bis 1991 Offizier der sowjetischen Armee, sprach das aus, was viele, die nicht in der russischen Kultur verankert sind, schwer verstehen:

»*Es war definitiv kein Bruch eines formellen oder informellen Übereinkommens, es war ein Vertrauensbruch. Aber für Russen wog ein Vertrauensbruch oft schwerer als ein Vertragsbruch*«. ²⁶

Noch heute versuchen politische »*Winkeladvokaten*« die Zusagen, die von US-Außenminister Baker gegenüber den Russen gemacht worden waren, so umzuinterpretieren, dass ihm die »*außenpolitische Richtlinienkompetenz und Entscheidungsgewalt*« gar nicht zugestanden hätte, sondern nur dem damaligen US-Präsidenten. Baker habe jenen Wortlaut in einem frühen Stadium der Sondierungsgespräche gebraucht, um der Sowjetunion die Angst vor einem sich vergrößern Deutschland zu nehmen. ²⁷ Zudem wird verharmlosend von »*spekulativen Sondierungsgesprächen*« gesprochen. ²⁸ Bei den Unterredungen im Februar 1990 wäre es demnach einzig um die Ausdehnung

der integrierten NATO-Verteidigungsstrukturen nach Ostdeutschland gegangen.²⁹

Dies ist nachweislich falsch, was die oben zitierte öffentliche Aussage von Genscher beweist. Dieser sprach nämlich vom »NATO-Verteidigungsgebiet, nicht nur in Bezug auf die DDR«, sondern »ganz generell«.

Amerikaner ohne Gewissen?

Die US-Politik der NATO-Ostexpansion ging trotz der russischen Einwände und Bedenken weiter. Das westliche Verteidigungsbündnis nahm immer neue Mitglieder auf, auch Staaten, die bis 1990 auf der Gegenseite im Warschauer Pakt verankert gewesen waren:

- **1999:** Polen, Tschechien, Ungarn
- **2004:** Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Rumänien, Bulgarien
- **2009:** Albanien und Kroatien
- **2017:** Montenegro³⁰
- **2020:** Nordmazedonien.

Weitere Staaten, die aktuell in die NATO möchten:

- Kosovo
- Ukraine
- Georgien
- Moldawien
- Bosnien und Herzegowina.³¹

Heute sind osteuropäische Truppen ein wichtiger Teil der NATO. Doch aus Sicht der Russen ist das ein klarer Bruch der »Versprechen« von 1990.

Fazit

Schriftliche Garantien, dass *keine* NATO-Osterweiterung stattfinden würde, gab es nicht, lediglich mündliche Zusagen – und diese zuhauf. Auch wenn diese Zusicherungen nicht in Vertragsform aufgeschrieben wurden, so waren sie in den Augen der Russen doch politisch und moralisch bindend.³²

Der Westen täuschte die Sowjetunion gleichzeitig mit vagen Versprechen einer kooperativen europäischen Sicherheitsordnung, während

die Bush-Regierung aber bewusst die NATO (ohne die UdSSR) ins Zentrum der neuen Sicherheitsarchitektur in Europa rückte.³³

Die Entscheidung der Amerikaner, die NATO bis zu den Grenzen Russlands zu erweitern, wurde von dem Historiker und Diplomaten George F. Kennan bereits 1997 als »*verhängnisvollster Fehler der amerikanischen Politik in der Ära nach dem Kalten Krieg*« beurteilt.³⁴

Kennan prophezeite: »*Diese Entscheidung [lasse] erwarten, dass die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der Meinung Russlands entzündet werden; dass sie einen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie in Russland haben, dass sie die Atmosphäre des Kalten Krieges in den Beziehungen zwischen Osten und Westen wiederherstellen und die russische Außenpolitik in Richtungen zwingen, die uns entschieden missfallen werden*«.³⁵

Die Sowjetunion fühlte sich hintergangen und sah die NATO fortan als expansiven Gegner und nicht mehr nur als reines Verteidigungsbündnis.

2

Das Budapester Memorandum

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR im Jahre 1991 waren in der Ukraine noch 1.832 strategische Nuklearsprengköpfe stationiert. Zusätzlich befanden sich rund 3.000 taktische Atomwaffen auf ukrainischem Territorium.³⁶ Auch in Kasachstan und Belarus befanden sich noch Nuklearwaffen. Die Ukraine besaß zu dem Zeitpunkt das drittgrößte Atomwaffenarsenal der Welt. Eine »Gefahr«, die es aus westlicher Sicht auszuschalten galt.

Am 5. Dezember 1994 wurde deshalb in Budapest im Rahmen der dort stattfindenden KSZE-Konferenz das »Budapester Memorandum« unterzeichnet.³⁷ Mit diesem Memorandum verpflichteten sich Russland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien in drei getrennten Erklärungen jeweils gegenüber Kasachstan, Belarus und der Ukraine, als Gegenleistung für einen Nuklearwaffenverzicht die *Souveränität und die bestehenden Grenzen* der Länder zu achten.³⁸

Das Budapester Memorandum war Vorbedingung der Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrags und des Atomteststoppvertrags. Bis 1996 wurden alle Kernwaffen der früheren Sowjet-

union nach Russland gebracht, das als »Fortsetzerstaat« der UdSSR das Recht auf den Besitz von Atomwaffen hatte. Das Dokument wurde von allen betroffenen Ländern unterzeichnet³⁹ und als völkerrechtlicher Vertrag bei den Vereinten Nationen hinterlegt. China⁴⁰ und Frankreich gaben zur Sicherheitsgarantie der Ukraine eigene Erklärungen ab.

Im Rahmen der Krimkrise 2014 (siehe Kapitel → »Die Annexion der Krim«) wiesen die USA und Großbritannien auf das Abkommen hin und interpretierten die russische Intervention als Nichteinhaltung des Memorandums und als eine klare Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine.⁴¹

De facto verstieß Russland durch den Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 ebenfalls gegen diese Vereinbarung.

3

Putin streckt die Hand aus

Als Präsident der Russischen Föderation erklärte Wladimir Putin im März 2000 in der britischen *BBC* die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit dem Westen, einschließlich NATO. Denn Russland sei »*Teil der europäischen Kultur*«, er könne sich die NATO **nicht** als Feind vorstellen. Putin schloss auch die Möglichkeit eines Beitritts nicht aus, merkte aber an, dass Russland einer NATO-Osterweiterung nach wie vor ablehnend gegenüberstehe.⁴²

In den Jahren seiner ersten Amtszeit akzeptierte Putin allerdings die Annäherung der baltischen Staaten an die NATO. Doch infolge des Näherrückens von EU und NATO intensivierte er insbesondere die Kontakte zu Belarus und der Ukraine als Gebiete der ehemaligen UdSSR.

Am 25. September 2001 sprach Wladimir Putin im Deutschen Bundestag und schlug eine »*vollwertige Partnerschaft und Zusammenarbeit*« vor.⁴³ Der NATO-Russland-Rat sollte außerdem gestärkt werden. Das war eine kleine Sensation. Putins Rede wurde zwar gefeiert, doch wirkliche Zugeständnisse an die Russen folgten nicht.

Im Gegenteil: Durch die fortwährende NATO-Osterweiterung fühlte sich Putin letztlich nicht ernst genommen und vom Westen hintergangen. Jahre darauf änderte er dann seine strategische Ausrichtung.

Am 10. Februar 2007 sprach Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz deshalb nicht mehr von einer »Annäherung«, sondern von einer »Bedrohung«, und so fühlte er sich auch – bedroht:

»Es ist offensichtlich, dass es bei der NATO-Erweiterung nicht um die Sicherheit Europas geht. Im Gegenteil: es ist eine ernstzunehmende Provokation, die das gegenseitige Vertrauen zerstört.«⁴⁴

Der Journalist Andreas Zumach, der bei der Sicherheitskonferenz dabei war:

»Ich habe vor allem dann in der anschließenden Kaffeepause erlebt, wie die politischen, sicherheitspolitischen, militärischen Eliten und auch so manche meiner journalistischen Kollegen gelacht haben über Putin und das einfach nicht ernst genommen haben.«⁴⁵

Heute lacht keiner mehr. Die Beziehungen zwischen dem Westen und der Russischen Föderation wurden von Jahr zu Jahr schlechter. Die Zeit des Säbelrasselns begann. Dabei stand die Ukraine, der »Vorhof Russlands«, immer mehr im Mittelpunkt.

4

Schicksalsjahre 2004 & 2014

2004:

Die Orange Revolution

Als »Orange Revolution« bezeichnete man eine Serie von Protesten, Demonstrationen und einen Generalstreik in der Ukraine, ausgelöst von den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004.

Angetreten waren der frühere Ministerpräsident Wiktor Janukowytsch, der von Russland unterstützt wurde und der westlich orientierte Wiktor Juschtschenko (dessen Wahlfarbe Orange war), der Kandidat des Oppositionsblocks »Unsere Ukraine«.

Keiner der beiden Kandidaten konnte im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit von 50 Prozent erreichen. Wiktor Juschtschenko bekam 39,87 Prozent und Wiktor Janukowytsch lag bei 39,32 Prozent der Stimmen.⁴⁶ Es kam zu einer Stichwahl.

Die Demonstrationen begannen am Tag nach der Stichwahl, als sich die offiziell geschätzten Wahlergebnisse deutlich von den Nachwahlbefragungen unterschieden. Demnach hatte Janukowytsch die Wahl gewonnen. Die Anhänger Juschtschenkos sowie die Beobachter der OSZE gingen jedoch von einem Wahlbetrug zugunsten Janukowytschs aus.

Am 22. November 2004 kamen mehr als 100.000 Menschen auf dem Maidan in Kiew zusammen und protestierten gegen den offensichtlichen Wahlbetrug. Massive Proteste und Demonstrationen in anderen Städten der Ukraine folgten. Viele der Teilnehmer trugen orange Fahnen oder Tücher, die Farbe der Juschtschenko-Kampagne. Kiew, Lwiw und einige andere Städte lehnten es ab, die Legitimität der Wahlen zu bestätigen.

Dennoch wurde Janukowytsch offiziell zum Wahlsieger erklärt. Juschtschenko und seine Mitstreiter beschlossen daraufhin, die Regierung mit Generalstreiks, Blockaden und Sitzblockaden zu behindern.⁴⁷ Forderungen nach Überprüfung des Wahlergebnisses wurden immer lauter.⁴⁸

Nach wochenlangen Protesten kam es dann tatsächlich zur Überprüfung der Wahlen. Das Oberste Gericht der Ukraine erklärte die erste Stichwahl schließlich für ungültig und ordnete eine Wiederholung an. Bei der Wahlwiederholung am 26. Dezember 2004 erhielt Juschtschenko dann die meisten Stimmen (51,9 % gegenüber 44,1 %). Am 20. Januar 2005 bestätigte das Oberste Gericht offiziell den Wahlsieg von Juschtschenko. Dieser wurde am 23. Januar 2005 vereidigt.⁴⁹ Die Ukraine hatte jetzt einen westlich orientierten Präsidenten.

Ian Traynors, der langjährige Moskauer- und Osteuropakorrespondent des *Guardian*, folgerte, die Orange Revolution sei nach einem »Muster« erfolgt, das in Jugoslawien entwickelt worden sei, um damals die Regierung mit Slobodan Milosevic zu stürzen und vermutete eine Kampagne der USA dahinter.⁵⁰ Er vermutete zudem eine Vernetzung innerhalb oppositioneller Gruppen. Führend beteiligt seien studentische Aktivisten und Akademiker gewesen, die ukrainische »Pora!«. Sechs Pora!-Aktivisten wurden Mitte November 2004 wegen »Terrorismusverdachts« verhaftet, da bei ihnen angeblich Sprengstoff, Zünder und eine Granate gefunden worden war.⁵¹

Pikant: Bekannte Unterstützer der Pora! waren die Open Society Foundations des Milliardärs George Soros und die zum großen Teil von der amerikanischen Regierung finanzierte Organisation Freedom House.⁵²

Die deutsche Wochenzeitung *Die Zeit* behauptete unter anderem, Ziel der USA sei es gewesen, auf diese Weise die NATO auszudehnen.⁵³ Wie dem auch sei, die Orange Revolution in der Ukraine verstärkte in Russland erneut die Einkreisungsangst.⁵⁴

Die nächste Präsidentschaftswahl im Jahr 2010 gewann dann allerdings der »russlandfreundliche« Wiktor Janukowytsch, der das Amt bis zu seiner Flucht im Februar 2014 innehatte.

2014: Der Euromaidan

Vorgeschichte: Es geht um Rohstoffe und geopolitische Vorteile

2008 öffnete die NATO Georgien und der Ukraine die Tür für Beitrittsverhandlungen. Russland modernisierte daraufhin seine Atomwaffen.⁵⁵

2010 legte die NATO Pläne für ein Raketenabwehrsystem in Polen und Rumänien vor. Angeblich zum Schutz gegen Angriffe aus dem Iran (!). Russland stationierte daraufhin nuklearfähige Raketen in der Exklave Kaliningrad, dem russischen Vorposten, umgeben von NATO-Territorium.⁵⁶ Dann geriet die Ukraine immer mehr in den Mittelpunkt.

Januar 2013: Der Energieriese Shell und die ukrainische Regierung unterzeichneten einen Vertrag zur Förderung von Schiefergas. Shell besaß somit die Rechte am Jusiwska-Feld im östlichen Teil der Ukraine, dort, wo die stärkste prorussische Stimmung herrscht.⁵⁷ Die Amerikaner hatten nämlich erkannt, dass die Ukraine über 42 Billionen (!) Kubikfuß technisch förderbares Schiefergas verfügt.⁵⁸

Juli 2013: Es wurde bekannt, dass die Burisma Holdings (der größte Erdgasproduzent der Ukraine) ausgerechnet den Sohn des damaligen US-Vizepräsidenten Joe Biden, Hunter Biden, als Leiter der Rechtsabteilung berufen hatte,⁵⁹ und das ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als sein Vater mit dem neuen Regime in Kiew verhandelte. Burisma Holdings und die Royal Dutch Shell hatten die Bohrrechte genau in jenem Teil der Ostukraine (im Dnepr-Donetsk-Becken, in der Nähe von Charkiw), wo der Widerstand gegen die Regierung in Kiew am größten war. Dort sollen 90 Prozent der Schiefergasvorkommen der gesamten Ukraine lagern.⁶⁰

25. September 2013: Der ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch kündigte bei der UN-Generalversammlung in New York den Beitritt seines Landes zu einem besonderen Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine an.

Aber der damalige russische Premierminister Dmitri Medwedew hatte schon kurz zuvor gewarnt, wenn Kiew den US-Handelsraum beträte, könne die Ukraine nicht Mitglied der Zollunion zwischen Russland, Kasachstan, Weißrussland und Armenien werden. Damals gingen 60 Prozent der ukrainischen Exporte in die ehemalige Sowjetunion.⁶¹

Doch die USA arbeiteten im Hintergrund daran, die Ukraine in das EU-Freihandelsabkommen zu bekommen, um es aus der russischen Einflussosphäre zu lösen. Geoffrey Pyatt, der US-Botschafter in Kiew erklärte:

*»Ich bin entschlossen, mit der Regierung der Ukraine zusammenzuarbeiten, um die Energieunabhängigkeit der Ukraine zu stärken. Zu diesem Ziel führen mehrere Wege. Einer besteht darin, die amerikanischen Erdölkonzerne ExxonMobil und Chevron in die Ukraine zu holen, die dort nach Schiefergas bohren«.*⁶²

Dem Leser dürfte damit klar sein, was die USA bezweckten: Zugriff zu den ukrainischen Rohstoffen und einen erheblichen geopolitischen Vorteil. Denn zu den Gasvorkommen besitzt die Ukraine 30 Prozent der fruchtbarsten schwarzen Erde der Welt. Ukrainische Farmen sind zudem die weltweit wichtigsten Erzeuger von Sonnenblumenöl und wichtige Erzeuger von Getreide und Zucker. Außerdem wird in der Ukraine mehr Honig produziert als in irgendeinem Mitgliedsland der EU.⁶³

21. November 2013: Beim EU-Gipfeltreffen in Vilnius erklärte Janukowytsch aber dann zur Überraschung vieler, sein Land würde entgegen früheren Absichten jetzt doch kein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU unterzeichnen. Stattdessen setze die Ukraine auf die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland.⁶⁴

Die Ankündigung löste Proteste im ganzen Land aus. Bei teils gewalttätigen Kundgebungen wurde Janukowytsch aufgefordert, seine Entscheidung zurückzunehmen. Angestachelt wurde das Ganze noch durch die öffentlichen Aufrufe des deutschen Außenministers Guido Westerwelle sowie litauische und polnische Parlamentarier, die die Ukraine aufforderten, der EU beizutreten und die Bindung an Moskau aufzugeben.⁶⁵

Auch die USA mischten sich ein. Ein Sprecher von Victoria Nuland, die von der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton zur Beauftragten für Europa und Eurasien ernannt worden war, und heute unter Joe Biden »Under Secretary of State for Political Affairs« ist (die drittwichtigste Frau im Außenministerium), sagte (Hervorhebungen durch mich):

»Wir unterstützen auch weiterhin den Wunsch der Menschen in der Ukraine, zu einer erfolgreichen **europäischen** Demokratie zu werden.«.⁶⁶

Das suggerierte einen klaren Kurs gegen den ukrainischen Präsidenten, sprich: Russland und verschaffte der Opposition in der Ukraine Auftrieb.

18. Dezember 2013: Janukowytsch ließ sich von den Protesten in seinem Land und den Aufrufen westlicher Politiker jedoch nicht beeinflussen und unterzeichnete ein umfangreiches Wirtschaftsabkommen mit Russland.

Die Gründe für Janukowytschs Entscheidung werden hierzulande nicht thematisiert, weshalb ich sie auflisten möchte:

- Russland verpflichtete sich, den Preis für das in die Ukraine exportierte Gas von 400 Dollar auf 268,50 Dollar pro 1.000 Kubikmeter zu senken.
- Russland verpflichtete sich zudem, zusätzlich 15 Milliarden Dollar ukrainische Staatsschulden in Euro-Bonds aufzukaufen.⁶⁷

Das verschaffte Janukowytsch Luft und wendete einen drohenden Staatsbankrott ab.⁶⁸ Dieses Angebot schien dem ukrainischen Präsidenten verlockender als die »Plünderung« seiner Rohstoffe durch die Amerikaner und harte Beschränkungen für die Bevölkerung. Denn der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte im Oktober 2013 im Gegenzug zu Krediten für die Ukraine den Ausgleich des Haushalts gefordert und zwar mit diesen Maßnahmen:

- Verdopplung der Gas- und Strompreise.
- Aufhebung des Verbots des privaten Verkaufs von Ackerland.
- Reform der wirtschaftlichen Beteiligungen.
- Abwertung der Währung.
- Kürzung der staatlichen Hilfen.
- Kürzung von Stellen und Löhnen im öffentlichen Sektor.⁶⁹

Dafür sollte ein IWF-Kredit von 17 Milliarden Dollar gewährt werden.⁷⁰ Damit hätte der IWF (sprich: die USA als mit weitem Abstand größter Finanzier)⁷¹ unmittelbar in die Innenpolitik der Ukraine eingegriffen. Das wollte Janukowytsch mit seiner Kehrtwende offenbar verhindern und damit wohl auch die rigiden Benachteiligungen der Bevölkerung. Doch die Europa-Unterstützer in der Ukraine ignorierten dies. Die Demonstrationen gegen Janukowytsch gingen weiter.

Das Chaos beginnt

19. Januar 2014: Die Proteste gegen die ukrainische Regierung hielten seit acht Wochen an. Am Sonntag, den 19. Januar 2014 griffen rechtsnationale Aktivisten, die sich *Prawyj Sektor* nannten («Rechter Sektor«, die ihre Wurzeln auf den Zweiten Weltkrieg und Hitlers SS als antirussische Bewegung zurückführt, siehe Kapitel → »Neonazis in der ukrainischen Führung und in der Armee?«), ukrainische Polizisten an⁷², die das Regierungsgebäude schützten und versuchten, die aufgebrachte Menge in Schach zu halten. Vom Dach des Dynamo-Kiew-Fußballstadions wurden Molotowcocktails geschleudert. Die Polizei setzte Blendgranaten und Tränengas ein. Der Sprecher des Prawyj Sektors erklärte, das Ziel sei die Absetzung der gegenwärtigen Regierung und der Aufbau eines »*Nationalstaats*« in der Ukraine.⁷³

4. Februar 2014: Die bereits oben genannte Europa-Beauftragte des US-Ministeriums, Victoria Nuland, wurde bei einem Telefongespräch mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, in flagranti bei der Planung von Einzelheiten einer US-Intervention in die Regierung der Ukraine ertappt.

In dem abgehörten Telefonat war deutlich zu hören, wie sie Botschafter Pyatt riet, Vitali Klitschko und den Vorsitzenden der rechtsextremen Partei Swoboda, die bei den letzten Parlamentswahlen zehn Prozent der Stimmen errungen hatte, zu überreden, sich aus der Koalition herauszuhalten.

Hintergrund:

Vitali Klitschko saß mit Antisemiten und Rechtsextremen im selben Boot

Die Swoboda-Partei wurde 1995 gegründet. Sie ist offen antirussisch, und ihr Vorsitzender äußerte sich öfters antisemitisch.⁷⁴ Im Dezember 2012 wurden Swobodas Parteichef Tjahnybok und sein Stellvertreter Ihor Miroshnychenko vom Simon-Wiesenthal-Zentrum auf Platz 5 seines »Top Ten Anti-Semitic/Anti-Israel Slurs« gesetzt. Tjahnybok hatte zuvor behauptet, die Ukraine werde von einer russisch-jüdischen Mafia regiert.⁷⁵

Am 28. April 2013 organisierte die Partei Swoboda unter Teilnahme eines Abgeordneten in Lwiw (Lemberg) eine Kundgebung anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der SS-Division »Galizien«.⁷⁶

Die deutsche Bundesregierung schätzte Swoboda im August 2013 aufgrund einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke, als eine rechtspopulistische und nationalistische Partei ein, die zum Teil rechtsextreme Positionen vertrete.⁷⁷

Nach einer Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung mobilisiere der Parteivorsitzende Tjahnybok »antisemitische Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit und ukrainischen Isolationismus«.⁷⁸

Mit Beginn der Proteste in der Ukraine 2013 bildete die Swoboda gemeinsam mit der UDAR von Vitali Klitschko und der Allukrainischen Vereinigung »Vaterland« von Julija Tymoschenko ein oppositionelles Dreierbündnis mit dem Ziel, den ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch abzusetzen.⁷⁹

Verschwiegen wird hierzulande, dass Klitschko damals mit Antisemiten⁸⁰ und Neo-Nazis⁸¹ in einem Boot saß.⁸² **Auch das gehört zur Wahrheit dazu.** Immerhin ist Klitschko bis heute noch Bürgermeister in Kiew.

Bei der letzten Parlamentswahl 2019 trat Swoboda in einem Wahlbündnis verschiedener nationalistischer Organisationen an und scheiterte mit 2,4 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde,⁸³ konnte er aber mit Oksana Swatschuk ein Mandat gewinnen.⁸⁴

Irritierend: Sawtschuk war Studentin am Open World Leadership Center des US-Kongresses, das sich 2019 sogar damit brüstete, dass sie ins Parlament gewählt worden war.⁸⁵

Doch zurück zum Telefongespräch von Nuland mit ihrem Botschafter in Kiew. Man hörte klar und deutlich, wie Nuland erklärte, dass sie sich Arsenij Jazenjuk, den Vorsitzenden der Vaterlandspartei der damals inhaftierten Julija Tymoschenko, als Schlüsselmann in der Regierung »wünschte«. Außerdem berichtete sie, dass der damalige US-Vizepräsident Joe Biden ihr bestätigt hätte, er wäre bereit, den Deal »wasserdicht zu machen«.⁸⁶ Im gleichen Gespräch sagte Nuland auch: »*Fuck the EU*«.⁸⁷

Das abgehörte Gespräch – von dem die *BBC* ein Transkript erstellte⁸⁸ – war ein weiterer Beweis dafür, dass die US-Administration hinter den Kulissen die Strippen ziehen wollte und zog. **Das wiederum wird heute von den westlichen Medien, Politikern und von der ukrainischen Regierung bestritten.**

21./22. Februar 2014: Ein Gespräch zwischen EU-Vermittlern, der ukrainischen Regierung und der Opposition brachte eine Einigung: Präsidentschaftswahlen im Dezember, die Rückkehr zur Verfassung von 2004 und die Freilassung von Julija Tymoschenko, die damals wegen angeblichen Amtsmissbrauchs und Veruntreuung von Staatsgeldern⁸⁹ in Haft saß.⁹⁰ Der Kompromiss schien für alle ein gangbarer Weg zu sein.

Doch ein großer Teil der auf dem Maidan versammelten Aktivisten wie auch die militant und paramilitärisch auftretende Gruppe Prawyj Sektor lehnte das Abkommen ab und forderte nach wie vor den sofortigen Rücktritt von Präsident Janukowytsch.⁹¹

22. Februar 2014: Scharfschützen begannen in die Menge der immer noch dort ausharrenden Demonstranten auf dem Majdan-Platz zu schießen.⁹² Die Menschen flohen panisch. Bei den blutigen Zusammenstößen starben fast einhundert Menschen. Die prowestliche Opposition beschuldigte daraufhin den Machtapparat von Präsident Janukowytsch, die Schüsse angeordnet zu haben.⁹³

Der Druck auf Janukowytsch wurde immer größer. Militante Gruppen kündigten sogar einen bewaffneten Angriff auf das Regierungsgebäude an.⁹⁴ Janukowytsch sah sich gezwungen aus Kiew zu fliehen.⁹⁵ Die Amtsräume des Präsidenten und seine Privatresidenz wurden daraufhin von Gruppen Protestierender besetzt. Oppositionsführer Klitschko scherte plötzlich – ganz im Sinne der US-Beauftragten Nuland –, aus der erzielten Einigung aus und kündigte an, er wolle den geflohenen Präsidenten durch das Parlament in Kiew absetzen lassen. Das Parlament sollte zudem über eine Übergangsregierung entscheiden.⁹⁶

Gesagt, getan: Noch am selben Tag setzte das ukrainische Parlament Präsident Wiktor Janukowytsch in einer juristisch umstrittenen Abstimmung ab.⁹⁷ Putin wird später sagen, die Absetzung sei illegitim geschehen. Der Fakten-Check in *DER SPIEGEL* wird ergeben, wenn man den Präsidentschaftswechsel in der Ukraine »rein juristisch« betrachte, Putin »recht« habe.⁹⁸

Doch eine Frage blieb noch offen: Wer hatte die Scharfschützen auf dem Maidan eingesetzt, die wahllos in die Menge geschossen hatten, was erst zur Flucht und Absetzung des ukrainischen Präsidenten geführt hatte?

Der amerikanische Politökonom William Engdahl ist gut vernetzt mit US-Geheimdiensten. Aus einem Quellenbericht, der ihm privat zuge-

spielt wurde, ging hervor, dass die Schützen aus einer ultrarechten paramilitärischen Organisation mit dem Namen »Ukrainische Nationalversammlung-Selbstverteidigung des Ukrainischen Volkes« (UNA-UNSO) gekommen waren.⁹⁹ Ich konnte das so nicht verifizieren, da ich keinen Zugriff auf diesen Quellenbericht habe.

Fest steht allerdings, dass der Führer der ultrarechten UNA-UNSO, Andrij Schkil, der Berater von Julija Tymoschenko war.¹⁰⁰ Zudem hielten sowohl Victoria Nuland als auch der republikanische Senator John McCain Kontakte zur oppositionellen rechtsextremen Swoboda-Partei. Fotos vom Treffen gibt es bis heute im Internet.¹⁰¹ Swoboda ist wiederum der Wahlarm neofaschistischer Organisationen in der Ukraine wie der UNA-UNSO.¹⁰²

Alles Zufall? Absicht? Geplant? *Wer* hatte Interesse daran, dass ein westlich orientierter Präsident in Kiew ins Amt kam?

Ende Februar 2014: Wieder wurde ein Telefonat abgehört und veröffentlicht. Dieses Mal zwischen der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton und Estlands Außenminister Urmas Paet. Der Este zeigte sich beunruhigt über die neue prowestliche Führung in Kiew. Diese wolle die Todesschüsse während der Proteste auf dem Majdan offenbar nicht aufklären, sagte Paet in dem auch vom Moskauer Staatsfernsehen verbreiteten Telefonat. Er zitierte eine ukrainische Ärztin, die Beweise dafür haben wollte, dass *dieselben* Scharfschützen *sowohl* auf Demonstranten *als auch* auf Polizisten geschossen hätten. Dahinter seien die Mitglieder der neuen Koalition gestanden und *nicht* die Regierung Janukowytsch.¹⁰³ Es gebe demnach mehr und mehr Hinweise, dass hinter den Mördern »*nicht* (der entmachtete Präsident Wiktor) *Janukowytsch, sondern jemand von der neuen Koalition*« stehe, sagte Paet in dem Telefonat.¹⁰⁴

Der Mitschnitt ist auch im Internet zu sehen (z. B. auf youtube¹⁰⁵). Man hört, wie Ashton den – eigentlich sensationellen Bericht Paets – einfach zur Kenntnis nimmt, aber nicht nachfragt, sondern das Thema wechselt.¹⁰⁶ Paet bestätigte sogar die Echtheit des Mitschnitts. Nuland ihrerseits reagierte so, als wäre die Enthüllung für sie nichts Neues gewesen.

Die estnische Regierung dementierte schnell die Aussagen ihres Außenministers: »*Er gibt einen Überblick darüber, was er am vorangegangenen Tag in Kiew gehört hat und drückt seine Betroffenheit über die Situation vor Ort aus*«, hieß es in ihrer Stellungnahme.¹⁰⁷

Und wie reagierten die Amerikaner? – Sie gaben keinerlei Kommentar zu dem veröffentlichten Gespräch ab.¹⁰⁸ Doch der Schaden war schon angerichtet.

27. Februar 2014: Nach der Flucht Janukowytschs wurde Arsenij Jazenjuk von der Werchowyna Rada zum Ministerpräsidenten einer Übergangsregierung gewählt.¹⁰⁹ Wir erinnern uns an das – bereits oben erwähnte – abgehörte Telefonat zwischen der Europa-Beauftragten des US-Ministeriums, Victoria Nuland und dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, indem Nuland klipp und klar erklärt hatte, dass sie sich Arsenij Jazenjuk, den Vorsitzenden der Vaterlandspartei der damals inhaftierten Julija Tymoschenko, als Schlüsselmann in der Regierung »wünsche«.

Nicht umsonst bezeichnete die *Financial Times* Jazenjuk als »*Favoriten der Amerikaner*«. ¹¹⁰ Die Amerikaner hatten sich also durchgesetzt.

Doch in Jazenjuks Kabinett agierten gleich vier Minister der ultrarechten und antisemitischen¹¹¹ Swoboda-Partei.¹¹² Dennoch erkannten die EU und natürlich auch die USA die neue Regierung an.

SPD-Urgestein Egon Bahr sagte damals:

*»Ich weiß nicht, was die legale Basis der jetzt amtierenden Regierung in Kiew ist.«*¹¹³

Der ehemalige Vize-Präsident der EU-Kommission, Günter Verheugen, merkte an:

*»Ohne Not wurde die neue ukrainische Regierung nach der Entmachtung Janukowytschs sofort rückhaltlos unterstützt, obwohl diese Regierung noch nicht einmal im eigenen Land das Vertrauen der Mehrheit genießt, antirussisch ist und ihr völkisch gesinnte Kräfte angehören.«*¹¹⁴

Jazenjuks Regierung sagte zu dem IWF-Kredit von 17 Milliarden Dollar und den damit einhergehenden Kontrollen und Einschränkungen, die Janukowytsch noch abgelehnt hatte, übereinstimmend »Ja«. ¹¹⁵ Mit der Abwertung der Währung und Kürzung von Sozialleistungen traf es auch die Bevölkerung. Doch damit war amerikanischen und europäischen Konzernen Tür und Tor geöffnet, besonders für Agrobusiness-Konzerne wie etwa DuPont oder Monsanto.¹¹⁶

Neonazis in der ukrainischen Führung und in der Armee?

März 2014: Nachdem in der Ukraine nun tatsächlich die Rechtsextremen der Swoboda-Partei auch für das Verteidigungsministerium zuständig waren, kündigte die Regierung an, dass sie amerikanische »Greystone Limited«,¹¹⁷ eine Firma, die mit der Söldnertruppe »Blackwater Security« in Verbindung stand, anheuern möchte, weil der ukrainische Sicherheitsdienst anscheinend nicht in der Lage dazu wäre, die Proteststimmung im überwiegend prorussischen Osten unter Kontrolle zu halten.¹¹⁸

1. April 2014: Das Parlament in Kiew entschied schließlich, die paramilitärischen Kämpfer des rechten Prawyj-Sektors zu entwaffnen, die bei der Maidan-Revolution eine maßgebende Rolle gespielt hatten. Doch der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine, Andrij Parubij, (Mitbegründer der rechtsextremen »Sozial-Nationalen Partei der Ukraine«, des Vorläufers der »Swoboda-Partei«, auch zeitweise in der Führung der nationalistischen Organisation »Patriot der Ukraine« aktiv)¹¹⁹ weigerte sich, die Entwaffnung umzusetzen. Im Gegenteil sogar, er gestattete den Neo-Nazis, in geordneter Formation durch die Straßen zu ziehen.¹²⁰ Auch die bereits erwähnte ultrarechte UNA-UNSO hatte sich nun dem Rechten Sektor angeschlossen.¹²¹

24. April 2014: Dmytro Jarosch, ein damals hochrangiger Funktionär des Rechten Sektors und später Berater des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte (!), verlegte sein Hauptquartier von Kiew in die Ostukraine. Er sagte:

*»Ich habe heute mein Hauptquartier nach Dnipropetrowsk verlegt. Das hat den Zweck, die Ausbreitung der Kreml-Infektion zu verhindern«.*¹²²

Außerdem bestätigte er auf dieser Pressekonferenz die Bildung einer neuen paramilitärischen Brigade mit dem Namen »Donbass«. Jarosch weiter:

*»Wir koordinieren unser gesamtes Vorgehen mit der Führung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine, dem Innenministerium und dem Sicherheitsdienst der Ukraine«.*¹²³

Auch das berüchtigte ultranationalistische und offen rechtsextreme »Asow-Bataillon« oder »Asow-Regiment«, das nazistische Embleme verwendet und vom ukrainischen Innenministerium im Sommer 2014 den offiziellen Status als Bataillon der ukrainischen Nationalgarde erhal-

ten hatte, agierte und agiert immer noch in der Ostukraine. Ihr Markenzeichen: schwarze Gesichtsmasken und schwarze Uniformen.¹²⁴

Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) dokumentierte verschiedene Menschenrechtsverletzungen durch das Bataillon. Es reicht von Erschießungen, Vertreibungen, Folterungen, Vergewaltigungen bis zur Vergewaltigung eines Behinderten. Ein anderer Bericht des OHCHR erwähnt außerdem *»Fälle von Verschwindenlassen, die möglicherweise zum Tod geführt haben«*.¹²⁵

Sogar der ORF musste zugeben:

»Tatsächlich gab und gibt es in der Ukraine Knotenpunkte für die internationale Neonazi-Szene. Und tatsächlich gab und gibt es in der ukrainischen Politik und dem ukrainischen Militär mehrere rechtsextreme Gruppierungen (...) Der politische Arm der ultranationalistischen und großteils rechtsextremen Szene ist die Partei Swoboda, ein Sammelbecken für mehrere Gruppen«.¹²⁶

Die Asow-Einheiten kämpften auch in der Hafenstadt Mariupol ab dem 24. Februar 2022.¹²⁷

Mitten im Ukraine-Krieg 2022 war auch Dmitri Jarosch, der frühere Leiter des Rechten Sektors, plötzlich wieder in der Öffentlichkeit aufge taucht. Jarosch ist ein Anhänger von Stepan Bandera, dem Nationalhelden der Ukraine, der im Zweiten Weltkrieg zeitweise mit den Nazis kollaboriert hatte. Er war Berater des ukrainischen Militärs und bis 2019 Abgeordneter in der Duma.

Jarosch berichtete auf Facebook über die offenbar wieder von ihm befehligten Milizen, sogenannte »Freiwilligenverbände«, die die regulären Truppen unterstützen würden:

*»Der Sieg wird uns gehören! Tod der Moskauer Horde!«*¹²⁸

Jarosch erklärte, dass seine Bataillone in Kiew, Odessa, Lemberg und Dnepr gegen die Russen kämpften. Es gebe noch weitere Kampfgruppen und ein Hauptquartier in Kiew.¹²⁹

Am 20. Februar 2022 schrieb Jarosch, es gehe nicht nur um die Aufstellung, Bewaffnung und Koordination der Freiwilligenverbände, sondern auch um die *»systematische Reinigung ukrainischer Städte und Dörfer von Kollaborateuren und Abschaum«*.¹³⁰

Ich folgere daraus, dass rechtsextreme und rechtsnationalistische Kampfverbände wie diese und die Asow-Einheiten auch weiterhin mit

der ukrainischen Armee zusammenarbeiten, ja mehr noch, sogar einen Teil der ukrainischen Streitkräfte darstellen.¹³¹

Die Rolle des faschistischen Rechten Sektors mit seinen paramilitärischen Einheiten wurde und wird von den Mainstreammedien nahezu ausgeblendet. Putin und sein Außenminister werden nach dem Einmarsch seiner Truppen in der Ukraine im Februar 2022 darauf zurückkommen und argumentieren, dass sie gegen »Neo-Nazis« kämpfen würden (siehe Kapitel → »Wir kämpfen gegen Neo-Nazis«).

Der Journalist Aris Roussinos hat lange zu dem Thema recherchiert und meiner Meinung nach den besten Artikel darübergeschrieben: »*The truth about Ukraine's far-Right militias*«. Roussinos schreibt, dass die **Regierung in Kiew mit rechtsextremen Kräften kooperierte und rechtsextreme Milizen auch förderte und mit Waffen ausstattete**. Dies zu negieren, wie es viele westliche Medien taten, sei ebenfalls Desinformation und befördere damit indirekt das Kreml-Narrativ.¹³²

Roussinos hat die rechtsextreme Miliz, das »Asow-Regiment«, selbst intensiv untersucht und auch besucht. Dessen Führung betreibe eine klar rechtsextreme Propaganda und benutze auch nationalsozialistische Symbole. In den USA gab es sogar Bestrebungen, Asow als Terror-Organisation auf die schwarze Liste zu setzen. Asow zähle zu seinen Zielen unter anderem eine Befreiung Europas von »*Liberalen, Homosexuellen und Migranten*«. ¹³³

Dass der ukrainische Staat aber solche rechtsextremen Gruppen unterstütze, ja sie in staatliche Strukturen einbinde, sei in der westlichen Hemisphäre einmalig und dürfe nicht verharmlost werden, so Roussinos.¹³⁴

Im Falle der rechtsextremen und rechtsnationalistischen Kampfverbände von Jarosch und den Asow-Einheiten hat der Kreml also recht. Aber das wird hierzulande als »Verschwörungstheorie« abgetan.

Das Massaker von Odessa

2. Mai 2014: Nachdem prorussische Aktivisten zuvor durch die Stadt gezogen waren, den »Marsch der Einheit« proukrainischer Aktivisten angegriffen und es zu einer Straßenschlacht gekommen war¹³⁵, forderten die proukrainischen Anführer ihre Anhänger auf, zum Zeltlager der prorussischen Aktivisten am Kulikow-Platz zu marschieren.

Die prorussischen Aktivisten zogen sich daraufhin in das nahe gelegene Gewerkschaftshaus zurück. Proukrainische Aktivisten, darunter auch Anhänger des Rechten Sektors, brannten die Zelte nieder. Anschließend bewarfen sich die proukrainischen Aktivisten außerhalb des Gewerkschaftshauses und die prorussischen Aktivisten im Inneren des Gewerkschaftshauses mit Brandsätzen. Auf beiden Seiten seien auch Schüsse gefallen. Schließlich brach ein Brand im Gewerkschaftshaus aus, so dass um 19:43 Uhr die Feuerwehr alarmiert wurde. Doch die proukrainischen Aktivisten ließen niemanden aus dem Gewerkschaftshaus entkommen. Die Feuerwehr traf erst 40 Minuten nach Alarmierung ein. Mindestens 42 prorussische Aktivisten starben, davon 32 im Gebäude selbst und 10 weitere bei dem Versuch, aus Fenstern zu springen. Die Polizei am Kulikow-Platz griff nicht ein.¹³⁶

Augenzeugen berichteten jedoch, dass die prorussischen Aktivisten keine Waffen, nur Stöcke oder Knüppel gehabt hätten und die Molotowcocktails von außerhalb des Gebäudes gekommen wären. Radikale des Rechten Sektors hätten schließlich das Gewerkschaftsgebäude gestürmt, einige der Prorussen erschossen und andere brutal erschlagen.¹³⁷

Die ukrainische Regierung leitete daraufhin Strafverfahren ein und bestellte mehrere Untersuchungskommissionen.

Im November 2015, eineinhalb Jahre nach den Ausschreitungen, kritisierte der Europarat die Untersuchungen der ukrainischen Justiz. Laut seinem Bericht sei *»kein substanzieller Fortschritt bei den Untersuchungen gemacht worden«*.¹³⁸ Sie seien weder unabhängig noch effizient gewesen. Zudem mangle es den ukrainischen Behörden an der *»notwendigen Gründlichkeit und Sorgfalt«*.¹³⁹

Im September 2016 sagte der zuständige Staatsanwalt, einige Hauptverdächtige seien ermittelt.¹⁴⁰ Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte bemängelte jedoch, dass die ukrainischen Behörden nur Ermittlungen gegen pro-russische Aktivisten eingeleitet hätten.¹⁴¹ Zwei Jahre später, 2018, beanstandete es immer noch die weiterhin einseitigen Ermittlungen.¹⁴² Bis heute wurde niemand für den Brand und die dortigen Todesfälle bestraft, und es ist offiziell auch nicht bekannt, wer das Feuer legte, und warum die Polizei nicht eingegriffen hatte.¹⁴³

Auch das wird Russland reklamieren. Die Ukraine hatte in ihren Augen zu wenig getan, um solche Vorwürfe zu entkräften. Der damalige Gou-

verneur von Odessa rechtfertigte die Brandstiftung sogar: Um »bewaffnete Terroristen zu neutralisieren«, sei das Vorgehen »legal« gewesen.¹⁴⁴

Bürgerkrieg in der Ukraine

25. Mai 2014: Petro Poroschenko wurde zum neuen Präsident der Ukraine gewählt. Der Milliardär ist Inhaber der Unternehmensgruppe Ukrprominvest, zu der Beteiligungen im Auto- und Schiffbau, der Schokoladenherstellung und Rüstung sowie Fernsehsender gehören. 2021 listete ihn das Wirtschaftsmagazin *Forbes* auf Platz sieben der ukrainischen Oligarchen mit einem geschätzten Vermögen von 1,6 Milliarden US-Dollar.¹⁴⁵ Poroschenko war Parteivorsitzender der ukrainischen Partei »Europäische Solidarität«.

Die Ukraine schob sich mit dieser Regierung immer näher in den westlichen Einflussbereich. Kein Wunder also, dass Russland dies als einen direkten strategischen Angriff auf seine Sicherheit auffassen musste.

Wolfgang Ischinger (ehem. Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz) sagte in einem Interview:

*»Das war aus russischer Sicht fast eine Kriegserklärung. Denn das waren ja Gebiete, die nicht etwa einfach nur Mitglieder des Warschauer Pakts gewesen waren, in der kalten Kriegszeit, sondern das waren Gebiete, die zur Sowjetunion gehört haben. Das war also Teil des Kernlands, zumindest aus der Vorstellung vieler Russen«.*¹⁴⁶

Die Kämpfe im Osten der Ukraine, besonders in den prorussischen Oblasten (Verwaltungsbezirk) Donezk und Lugansk, nahmen an Intensität zu.

Die Ukraine war zerrissen. NATO-Gegner fürchteten eine zu große Einflussnahme des Westens. Die Befürworter erhofften sich von der NATO und der EU mehr Sicherheit. Rechtsradikale Nationalisten nutzten den Konflikt, um Chaos zu stiften.

Aber welche Rolle spielte die NATO dabei?

Der Historiker Söhne Neitzel dazu:

*»Meine Lesart der Amerikaner ist eben, dass sie die Schwäche Russlands dann immer weiter ausgenutzt haben und dass die Europäer, die wirklich näher dran sind, gesehen haben, wir dürfen auch das Rad nicht zu weit drehen«.*¹⁴⁷

Der Osten der Ukraine versank schließlich im Bürgerkrieg. In Donezk und Lugansk kämpfte die ukrainische Armee gegen Separatisten, die von Russland unterstützt wurden. Seit Beginn der Kämpfe in der Ost-ukraine kamen mehr als 10.000 Menschen ums Leben.

Doch ein Land im Bürgerkrieg kam für einen NATO-Beitritt nicht in Frage. Aber wie wahrscheinlich war ein Beitritt überhaupt?

Der Journalist Andreas Zumach:

»Man kann in Hintergrundgesprächen mit Kanzlerin Merkel oder auch den Außenministern Steinmeier, Gabriel auch klar hören, eine Aufnahme der Ukraine nicht nur in die NATO, sondern auch in die EU können Sie auf Jahrzehnte vergessen. Öffentlich erzählt man ja mit Blick auf die EU immer noch etwas Anderes und schürt damit auch falsche Hoffnung bei den Menschen in der Ukraine. Ist eine höchst doppelbödige, unehrliche Politik«.¹⁴⁸

Wahr ist aber auch: Viele Menschen im Osten der Ukraine und auf der Halbinsel Krim-Ukraine fühlen sich Russland näher als dem Westen. Ein tiefer politischer Riss wurde sichtbar. Putin seinerseits sah vitale russische Interessen gefährdet und handelte in seinem Sinne: militärisch.

5

Die Annexion der Krim

März 2014: Soldaten in grüner Uniform, ohne Hoheitszeichen, brachten die Krim unter ihre Kontrolle. Angeblich waren sie Selbstverteidiger der russischstämmigen Bevölkerung auf der völkerrechtlich zur Ukraine gehörenden Krim. Moskau leugnete zunächst jede Beteiligung.

Tatsächlich aber griffen reguläre russische Truppen das Nachbarland an. Sie besetzten das Krim-Regierungsgebäude und hissten die russische Flagge. Die Provinzregierung wurde abgesetzt, die Halbinsel abgeriegelt. Das Ziel der Aktion: die Annexion der Halbinsel Krim.

Durch die Besetzung der Krim waren für Russland die strategisch wichtigen Häfen und der Zugang zur russischen Schwarzmeerflotte wieder gesichert. Die NATO wollte und konnte nicht handeln. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim verschaffte Putin viel Popularität im eigenen Land. Seither wird Russland in Osteuropa wieder »gefürchtet«.¹⁴⁹

Im März 2014 rechtfertigte Putin seine Aktion. Er sprach vom »Verrat von 1990« und meinte damit die gebrochenen Versprechungen zur NATO-Osterweiterung. Der Westen habe Russland »viele Male belogen, Entscheidungen hinter unserem Rücken getroffen«. ¹⁵⁰

16. März 2014: Die Bürger der Krim votierten in einem Referendum mit über 93 Prozent der abgegebenen Stimmen dafür, Teil der Russischen Föderation zu werden. ¹⁵¹

Die Krim-Krise leitete eine neue Eiszeit zwischen Ost und West ein. NATO gegen Russland. Die alte Feindstellung unter neuen Vorzeichen. Die NATO wollte sich wieder stärker auf ihre Kernaufgabe konzentrieren: Die Bündnisverteidigung. Unter anderem mit der Stationierung einer Eingreiftruppe an der russischen Grenze.

Derweil ging der Krieg in der Ostukraine unvermittelt weiter.

6

Minsk-I

Im belarussischen Minsk wurde am **5. September 2014** ein Friedensplan ¹⁵² für die Kämpfe in der Ostukraine unterzeichnet.

Das Protokoll von Minsk ist die schriftliche Zusammenfassung der Ergebnisse der Beratungen der aus der Ukraine, der OSZE und Russland bestehenden trilateralen Kontaktgruppe zu gemeinsamen Schritten zur Umsetzung des Friedensplanes des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und der Initiativen des russischen Präsidenten Wladimir Putin. ¹⁵³ Das Ziel des Abkommens war ein begrenzter Waffenstillstand.

Doch die Waffenruhe hielt nicht lange an. **Am 28. September 2014** flammten neue Kämpfe auf und mündeten in die Zweite Schlacht um den Flughafen Donezk. ¹⁵⁴ **Am 12. Februar 2015** kam auf Initiative von Deutschland und Frankreich dann ein erneutes Waffenstillstandsabkommen zustande: Minsk II.

7

Minsk-II

Das Minsk-II-Abkommen war die Folge des fortgesetzten Bürgerkriegs in der Ostukraine. Es wurde vom französischen Präsidenten François Hollande, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko sowie dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ausgehandelt. Das Abkommen zielte auf eine Deeskalation und Befriedung des seit 2014 in der Ostukraine herrschenden Kriegs und eine politische Beilegung des Konflikts.¹⁵⁵

Die Vereinbarungen umfassten 13 Punkte, u.a.:

- Allseitiger Waffenstillstand.
- Eine Sicherheitszone um die »Berührungslinie« (»Front«).
- Abzug schwerer Waffen.
- Durchführung regionaler Wahlen. Die Wahlen sollten unter Einhaltung der entsprechenden OSZE-Standards und unter Beobachtung von Seiten des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte durchgeführt werden.
- Ein Beschluss vom ukrainischen Parlament zu einem Gesetz »Über die zeitweilige Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk«.
- Eine Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle über die Staatsgrenze von Seiten der ukrainischen Regierung im gesamten Konfliktgebiet, beginnend mit dem ersten Tag nach der Durchführung regionaler Wahlen.
- Durchführung einer Verfassungsreform in der Ukraine und Inkrafttreten einer neuen Verfassung bis Ende 2015. Diese Verfassung musste als Schlüsselement eine Dezentralisierung (unter Berücksichtigung der Besonderheiten einzelner Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk) aufweisen, die mit den Vertretern dieser Gebiete abgestimmt war.
- Die Verabschiedung eines ständigen Gesetzes über den besonderen Status einzelner Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk.¹⁵⁶

Beide Seiten hielten sich in der Folgezeit aber nicht oder nur zögerlich an die Abmachung. Als Hauptproblem stellte sich die nicht festgelegte Reihenfolge der Umsetzung heraus: Aus ukrainischer Sicht sollte zuerst

die Sicherheit gewährleistet werden. Moskau hingegen pochte auf die politischen Maßnahmen wie ein Mitspracherecht für die Bewaffneten bei einer Verfassungsänderung und im Parlament. Erst danach könne man über deren Entwaffnung reden.¹⁵⁷

Russland brachte am **13. Februar 2015** einen Resolutionsentwurf in den Weltsicherheitsrat ein, mit dem die Vereinbarungen von Minsk-II festgehalten und ihre Umsetzung gefordert wurden.¹⁵⁸ Der Entwurf wurde am **17. Februar 2015** einstimmig als Resolution 2202 (2015) verabschiedet.¹⁵⁹

Am **21. April 2019** verlor der bisherige ukrainische Präsident Poroschenko im zweiten Wahlgang die Präsidentschaftswahl mit dem schlechtesten Wahlergebnis, das je ein Kandidat in der Stichwahl erhielt, gegen den politischen Quereinsteiger Wolodymyr Selenskyj.¹⁶⁰ Damit war der ehemalige Schauspieler und Komödiant neuer Präsident der Ukraine. Selenskyj war von vielen gerade wegen seiner unpolitischen Vergangenheit gewählt worden. Sie hofften auf die Verbesserung ihrer Lebensqualität und das Ende der ausufernden Korruption.

Am **21. Februar 2022** erklärte Präsident Putin, dass es für das Minsker Abkommen keine Aussichten mehr gäbe.¹⁶¹ Noch am selben Tag verkündete und unterzeichnete er die Anerkennung der selbstproklamierten und international nicht anerkannten Volksrepublik Lugansk und der Volksrepublik Donezk als eigenständige Staaten. Gleichzeitig ordnete er eine Entsendung von Truppen in die von Separatisten kontrollierten Gebiete an.¹⁶² Das von allen Seiten unterzeichnete Dokument – Minsk II – war damit hinfällig.

8

Wie die CIA die ukrainische Armee auf einen Krieg vorbereitet hat

Was die meisten Mainstream-Konsumierer nicht wissen: In der Ukraine lief seit der Annektion der Krim ein geheimes CIA-Trainingsprogramm ab, um die Ukrainer auch im Einsatz von Angriffswaffen zu schulen. Das Programm hatte 2015 begonnen.¹⁶³ Das jedenfalls berichtete der US-Militärexperte Zach Dorfman unter Berufung auf mehrere Quellen bei der CIA.¹⁶⁴

Demnach unterwiesen CIA-Veteranen ukrainische Soldaten im Gebrauch von Scharfschützengewehren und US-Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin. Ebenso wurden sie darin geschult, ihre Kommunikation vor der russischen Armee zu verschlüsseln. Offiziell hieß es aus Washington zuvor, dass sich der Auftrag der CIA in der Ostukraine nur auf das Sammeln von Informationen beschränkte.

»Die Scharfschützen sind wirklich effektiv, vor allem jetzt, da der russische Vormarsch zum Erliegen gekommen ist und ihnen die Vorräte ausgehen. Ich denke, das Training zahlt sich wirklich aus«, zitierte Dorfman einen CIA-Beamten während des Ukraine-Krieges 2022.¹⁶⁵

Dem Beamten zufolge war das CIA-Trainingsprogramm streng auf irreguläre Kriegsführung (Guerilla-Taktiken) ausgerichtet. Der CIA-Mann weiter:

*»Wir haben uns zunächst voll auf die Planung und Durchführung von solchen Operationen konzentriert. Als Nächstes haben wir die Treffsicherheit auf lange Distanzen trainiert, und zwar unter Gefechtsbedingungen. Die Ukrainer sollten nicht nur das Schießen lernen, sondern wie man auf dem Schlachtfeld die Führungsmannschaft der Gegenseite ausdünnnt.«*¹⁶⁶

Nach Ansicht des CIA-Beamten bilden die US-trainierten Truppen einen »harten Kern« in der ukrainischen Armee. Dem Bericht zufolge wurden die CIA-Veteranen erst wenige Wochen vor Beginn der russischen Invasion am 24. Februar 2022 abgezogen. Grund: Die Aussicht, verdeckt handelnde US-Agenten könnten an der Front auf russische Soldaten schießen, habe die Biden-Regierung aufgeschreckt.¹⁶⁷

9

24. Februar 2022:

Der russische Einmarsch in die Ukraine

Wie jeder kriegerische Konflikt hatte auch dieser eine Vorgeschichte, die heute nur allzu leichtfertig ignoriert wird.

Mitte Dezember 2021: Moskau überreichte in Genf schriftliche Vorschläge für ein Abkommen mit den USA und eine Vereinbarung mit der

NATO. Darin erhob Russland Forderungen, auf die sich die Amerikaner und das Verteidigungsbündnis jedoch nicht einlassen konnten und wollten. Sie sah eine formale Absage an eine Erweiterung der NATO und eine Rücknahme der NATO-Truppenpräsenz auf den Stand von 1997 vor. Zudem müsse formal garantiert werden, dass die Ukraine »nie« dem Bündnis beitreten würde.¹⁶⁸ Doch das hätte einen Eingriff in das amerikanische Machtmonopol in Osteuropa bedeutet.

26. Januar 2022: Die Antwort aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel fiel demnach schroff aus: Dass Russland sich von der NATO überhaupt bedroht fühlen könnte, wurde darin schlicht in Abrede gestellt. Der Brief aus Washington hingegen war konzilient mit Zusagen in Fragen der Rüstungskontrolle. Doch über die NATO-Erweiterung kein Wort. Für Putin waren beide Antworten enttäuschend. Ein Beweis, dass der Westen die Bedenken der Russen auch weiterhin nicht ernstnahm, so wie in vielen Jahren zuvor auch.¹⁶⁹

Es ist meine Spekulation: In *diesen* Tagen könnte Putins Entscheidung für die Invasion gefallen sein.

21. Februar 2022: Der russische Präsident Wladimir Putin hielt eine Rede an sein Volk. Darin erklärte er die Anerkennung der Separatistenrepubliken im Donbass. Über die Ukraine sagte er, diese sei »voll und ganz von Russland gegründet worden – vom bolschewistischen, kommunistischen Russland«. Sie sei ein Produkt der Oktoberrevolution, von Wladimir Lenin reichlich mit russischen Territorien bedacht. Die heutige Ukraine, so Putin, könne »man mit vollem Recht ›Wladimir-Iljitsch-Lenin-Ukraine‹ nennen. Er ist ihr Urheber und ihr Architekt«. ¹⁷⁰

Putin entzog in seiner Rede der Ukraine de facto die Anerkennung. Diese sei, so der russische Präsident sinngemäß, ein Missverständnis der Weltgeschichte, die kein Recht habe, zu existieren.¹⁷¹ Drei Tage später schuf er Fakten.

24. Februar 2022: Die Atommacht Russland begann einen Krieg gegen ein souveränes europäisches Land. Und das mit rund 150.000 bis 200.000 Soldaten (die Angaben schwanken), Boden- und Luftlandetruppen, Panzern und Kampfhubschraubern, Marschflugkörpern und Schiffen. **Der Angriff war ein klarer Bruch des Völkerrechts.** ¹⁷²

Zur Absicherung seines Vorgehens drohte der russische Präsident allen Akteuren, die der Ukraine zu Hilfe eilen sollten, mit »in ihrer Geschichte noch nie erlebten Konsequenzen«. ¹⁷³ Dies wurde von westlichen Politikern und Medien als indirekte Drohung mit einem Atomkrieg gedeutet.

Die militärische Stärke vor der Invasion der Ukraine:

	Ukraine	Russland
Aktive Soldaten:	197.000	900.000
Reservisten:	900.000	2.000.000
Schützenpanzer:	1.305	6.570
Artilleriegeschütze:	1.960	6.000
Kampfpanzer:	987	3.417
Kampfflugzeuge:	124	1.476
Hubschrauber:	114	948
Große Kriegsschiffe:	1	32

Quelle: Military Balance¹⁷⁴

Teil II:

Die Sicht der Ukraine

Wer ist Wolodymyr Selenskyj? – Eine Kurzbiografie

Wolodymyr Oleksandrowytsch Selenskyj kam am 25. Januar 1978 in Kriwoi Rog in der damaligen Sowjetunion in einer russischsprachigen jüdischen Familie zur Welt.¹⁷⁵ Nach seinem Jurastudium erlangte er Popularität als Schauspieler, Komiker, Synchronsprecher, Regisseur, Fernsehmoderator, Filmproduzent und Drehbuchautor.

Sein Vermögen wird auf rund 1,4 Millionen Euro geschätzt.¹⁷⁶ Das scheint allerdings eine sehr beschönigende Schätzung zu sein, denn wie die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt, kaufte Selenskyj 2017 im toskanischen Nobelbadeort Forte dei Marmi eine Villa mit 17 Zimmern, die alleine 3,8 Millionen Euro wert sein soll. Während seiner Präsidentschaftskandidatur wird er »vergessen«, sie als Vermögen zu deklarieren.¹⁷⁷

Im Oktober 2021 wurde durch Veröffentlichungen zu den »Pandora Papers« bekannt, dass Selenskyj auch eine Briefkastenfirma in einer Steueroase unterhalten haben soll.¹⁷⁸ Die »Pandora Papers« enthielten auch Daten zu bisher unbekanntem Offshore-Geschäften des »Kwartal-95«-Netzwerkes um Selenskyj, dessen Verbindungen zu dem Oligarchen Ihor Kolomoiskij und der von ihm bis 2016 betriebenen und dann verstaatlichten »PrivatBank«. So sollen vor der Verstaatlichung auch 41 Mio. Dollar von der »PrivatBank« auf das Konto von Selenskyjs Produktionsfirma »Kwartal 95« überwiesen worden sein. Teil des Netzwerkes soll außerdem Iwan Bakanow, ein Kindheitsfreund Selenskyjs, sein.¹⁷⁹

Selenskyj gab am Silvesterabend 2018 seine Kandidatur für die Wahl bekannt. Ihm wurde eine gewisse Abhängigkeit vom ukrainischen Oligarchen Ihor Kolomojskyj nachgesagt. Dieser ist der reichste Mann der Ukraine. Auch als Präsidentschaftskandidat soll Selenskyj massiv von Kolomojskyj gefördert worden sein.¹⁸⁰

Selenskyj bestritt, dass Kolomojskyj Einfluss genommen hatte.¹⁸¹ Doch *Radio Free Europe* deckte auf, dass Selenskyj in den Jahren 2017/2018 mindestens 14 Mal erst zu Kolomojskyjs damaligem Wohnort im Exil nach Genf flog und dann nach Tel-Aviv – die letzten Male im Herbst 2018 nach der Entscheidung zur Präsidentschaftskandidatur. Kolomojsky ist ebenfalls jüdischer Abstammung, deshalb offenbar dessen

Wohnsitz in Tel Aviv. Aber das ist noch nicht alles: Kolomojskyjs langjähriger Anwalt Andrij Bohdan spielte ebenso eine prominente Rolle im Wahlkampfstab.¹⁸² Auch Selenskyjs Leibwächter wurden vom Oligarchen Kolomojskyi bezahlt.¹⁸³

Am 21. April 2019 gewann Selenskyj die Stichwahl der Präsidentschaftswahl klar vor dem damals amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko¹⁸⁴ und ist seit dem 20. Mai 2019 der sechste Präsident der Ukraine.

Die Tel Aviver Tageszeitung *Haaretz* stellte fest, die Ukraine sei nun das einzige Land außer Israel, das sowohl einen jüdischen Präsidenten, als auch einen jüdischen Premier habe.¹⁸⁵ 2020 ließ Selenskyj »Rosch ha-Schana«, das jüdische Neujahrsfest, zum nationalen Feiertag erklären.¹⁸⁶

Nachdem Selenskyj durch einen Oligarchen an die Macht gekommen war, verabschiedete er mit Hilfe des Parlamentes ein Lobbygesetz, das den Einfluss der Oligarchen offenlegte und etwas beschnitt. Seit dem Gesetz ist es Oligarchen in der Ukraine verboten, Parteien zu finanzieren. Amtspersonen müssen zudem jedes nicht öffentliche Treffen mit Oligarchen deklarieren. Außerdem gründete Selenskyj einen Nationalen Sicherheitsrat, der Sanktionen gegen Oligarchen verhängen kann.¹⁸⁷ Doch in der Realität unternahm er nicht viel gegen den großen Einfluss der Oligarchen in der Politik und in den Medien.

Februar 2021: Weniger als zwei Jahre nach seinem triumphalen Sieg über Amtsinhaber Petro Poroschenko wollten laut Umfragen gerade noch ein Fünftel der Ukrainer in einem ersten Wahlgang für Selenskyj stimmen. Einem renommierten Institut zufolge sagte die Hälfte der Befragten, sie fordere Selenskyjs sofortigen Rücktritt und vorzeitige Präsidentschaftswahlen.¹⁸⁸

Die *Süddeutsche Zeitung* gab damals ein niederschmetterndes Resümee (Hervorhebungen durch mich):

*»Der Hauptgrund für Selenskyjs Absturz aber ist **sein Unwille zu echten Reformen. Selenskyj führt das postsowjetische Herrschaftssystem fort und akzeptiert Korruption und Rechtlosigkeit im Austausch dafür, dass er und sein Apparat weitgehend die Kontrolle behalten. Selenskyj hat mit der Ausnahme seines Vorgehens gegen den kremlnahen Politiker und Medienmogul Wiktor Medwedtschuk nichts getan, um die Macht der Oligarchen über weite Teile der Politik, der Medien und der Wirtschaft aufzubrechen. Ein funktionierender Staat***

*braucht **unabhängige Institutionen** – die gibt es unter Selenskyj weiterhin nicht. Im Gegenteil, 2020 unterstellte er sich faktisch die zuvor halbwegs unabhängige Zentralbank und die Generalstaatsanwaltschaft; so gut wie alle angesehenen Reformer wurden gefeuert. Der Geheimdienst SBU, die **atemberaubend korrupten Gerichte**, die **Gremien zur Richterauswahl und -entlassung**: Sie alle bleiben unangetastet*«. ¹⁸⁹

Und weiter:

»Jetzt will sich der Präsident auch das halbwegs unabhängige Anti-Korruptions-Büro Nabu unterstellen, weil es zu Recht gegen mehrere Mitarbeiter Selenskyjs ermittelt. Würden in der Ukraine nicht Milliarden geklaut, bräuchte das Land keine Kreditmilliarden aus dem Westen. Der Internationale Währungsfonds immerhin hat sich nun geweigert, Selenskyj weiteres Geld zu leihen, solange dieser nur wohlfeile Reformversprechen abgibt«. ¹⁹⁰

Selenskyj ist also ein Held mit dunklen Seiten. Aber diese werden hierzulande ignoriert.

Hintergrund:

Selenskyj zwielichtiger Mentor: Ihor Walerijowytsch Kolomojskyj

Kolomojskyi ist eine recht zwielichtige Gestalt. Im Juni 2014 leiteten die russischen Strafverfolgungsbehörden gegen ihn und den ukrainischen Innenminister Arsen Awakow ein Ermittlungsverfahren ein. Gegen Kolomojskyj wird unter anderem wegen organisierter Verbrechen ermittelt. Dieser soll als damaliger Gouverneur der Region Dnepropetrowsk »rechtsextreme Todesschwadronen« finanziert haben. Ebenso ermittelt wird gegen ihn wegen Mordes und des Einsatzes unerlaubter Waffen im Kriegsgebiet Donbass.¹⁹¹ Anfang Juli 2014 erließ ein Moskauer Gericht einen Haftbefehl gegen Kolomojskyj.¹⁹²

Im Dezember 2016 wurde die zu einem Großteil Kolomojskyj gehörende PrivatBank verstaatlicht, um das ukrainische Finanzsystem vor einem Zusammenbruch zu bewahren. 95 Prozent der Kredite der Bank sollen an Unternehmen von ihm sowie an Hennadij Boholjubow als zweiten Großbesitzer ausbezahlt worden sein, wobei viele Kredite faul gewesen seien. Beide sollten diese Insider-Kredite zurückzahlen.¹⁹³

Laut Medienberichten vom März 2018 verlagerte Kolomojskyj seinen Wohnsitz aufgrund der gegen ihn in der Ukraine laufenden Strafuntersuchung nach Israel.¹⁹⁴

Aber auch in den USA droht dem zwielichtigen Oligarchen Ungemach: Die US-Staatsanwaltschaft des nördlichen Bezirks von Ohio führt seit 2019 Ermittlungen wegen dort von Kolomojskyj getätigten Investitionen.¹⁹⁵ Im März 2021 verhängten die USA gegen ihn und seine engsten Angehörigen schließlich Einreisesperren und warfen ihm Korruption vor.¹⁹⁶

Kolomojskyj wurde auch verdächtigt, einen Mord an einem Anwalt in Auftrag gegeben zu haben. Außerdem heißt es, er schüchtere Gegner ein, indem er während Besprechungen seinen fünf Meter langen Hai füttere, den er in einem Aquarium in seinem Büro halte. Mithilfe von Kolomojskyjs Sender erreichte Selenskyjs Popularität in der Ukraine einen neuen Höhepunkt.¹⁹⁷

Ohne Oligarchen geht auch in der Ukraine nichts. Das gilt bis heute. Wenn man also über den Einfluss russischer Oligarchen auf Putin redet, muss man dasselbe auch mit dem Einfluss der Oligarchen in der Ukraine tun.

Eine Bekannte aus Kiew und selbst Nichte eines Oligarchen, hatte mir schon vor ein paar Jahren bestätigt, dass ohne den Einfluss und das Geld eines Oligarchen in der Ukraine keiner in ein hohes Staatsamt komme. Die wissenschaftliche Studie *»Regionen und Oligarchen: Einflüsse auf die ukrainische Außenpolitik«* bestätigt diese Ansicht.¹⁹⁸

1

Atomraketen auf den Kreml?

Für den ukrainischen Präsidenten Selenskyj und für die westliche Welt ist klar – und daran gibt es nicht zu zweifeln: Der russische Angriff ist ein *»Angriffskrieg«* und eine *»Invasion«*. In seinen vielen Videobotschaften, Tweets und Interviews in den Tagen danach sprach Selenskyj demnach auch von *»russischen Aggressoren«*, *»Besatzern«*, von *»Völkermord«* und *»Kriegsverbrechern«*.¹⁹⁹

Um zu *verstehen*, warum Putin die Ukraine angriff, muss man aber auch das Verhalten Selenskyjs analysieren, der sich seit seinem Amtsantritt

für eine Annäherung an den Westen ausgesprochen und seine Politik auch danach ausgerichtet hatte.

7. Februar 2019: Das ukrainische Parlament verankerte mit einer Mehrheit von 334 der 450 Abgeordneten in der Verfassung eine »*strategische Orientierung der Ukraine zum vollständigen Beitritt zur EU und der NATO*«. ²⁰⁰ Damit war die Absicht, in das westliche – und von den USA dominierte – Militärbündnis zu kommen, sogar in die Verfassung geschrieben.

Ende Mai 2019: Selenskyj propagierte gleich nach seiner Wahl zum Präsidenten einen Beitritt der Ukraine in die NATO und in die EU. ²⁰¹ Doch schon damals war klar: Der Kreml würde dies als Provokation auffassen.

Eine weitere Erweiterung der NATO an das Kerngebiet der Russischen Föderation konnte von Moskau nicht akzeptiert werden. Der Gedanke, dass Atomraketen nur wenige Flugminuten vom Kreml entfernt aufgestellt werden könnten, war für die russische Führung unvorstellbar. Putin sprach das mehrfach offen aus. Ukrainische Flugkörper könnten Moskau in sieben bis zehn Minuten erreichen, im Falle von Hyperschall-Gleitern gar in fünf Minuten – womöglich bestückt mit Atomsprenkköpfen: »*Das ist eine ernste Herausforderung für uns, eine Herausforderung für unsere Sicherheit*«, warnte Putin bei einer Rede im Verteidigungsministerium. ²⁰²

Die russischen Sicherheitsbedenken wurden weder von der NATO noch von der Ukraine ernstgenommen.

2

Ukrainisches Sprachgesetz: »Recht auf Bedienung in der Landessprache«

Wie sieht es mit der von der russischen Führung propagierten Benachteiligung und Diskriminierung der russischen Kultur und der russischen Minderheiten in der Ukraine aus? Ein Beispiel dafür ist das umstrittene ukrainische Sprachgesetz.

April 2019/Januar 2022: Das ukrainische Parlament beschloss ein Sprachgesetz, das Ukrainisch als Sprache in öffentlichen Einrichtungen vorschrieb. Es hatte eine Übergangszeit von drei Jahren und trat am 16. Januar 2022 schließlich in Kraft. ²⁰³

Sämtliche Staatsangestellten, Verkehrspolizisten, Gerichtsdienler, Klinikärzte sind seither verpflichtet, die Bürger, sofern diese nicht um eine andere Sprache bitten, auf Ukrainisch anzureden. Das gleiche gilt für Dienstleistungsbetriebe, also Mitarbeiter von Supermärkten, Apotheken, Banken. Verstöße gegen das »*Recht auf Bedienung in der Landessprache*« können beim »*Sonderbevollmächtigten zum Schutz der Staatssprache*« gemeldet und im Wiederholungsfall mit Geldstrafen geahndet werden.²⁰⁴ Zudem wurde die Quote für ukrainisch-sprachige Fernseh- und Radioprogramme erhöht.²⁰⁵

Überregionale Zeitungen und Zeitschriften müssen jetzt auf Ukrainisch erscheinen. Russische Ausgaben sind nicht verboten, doch parallel dazu muss eine ukrainische Version in gleicher Auflage gedruckt werden. Für die allermeisten Verlage ist das aber unrentabel.²⁰⁶

Ausgenommen von der Pflicht zur Publikation auf Ukrainisch sind Sprachen »*angestammter Minderheiten*« wie der Krimtataren, der Polen, Ungarn, Rumänen, Griechen, Bulgaren, aber auch das Englische sowie alle offiziellen Sprachen der EU, mit Ausnahme der Russischen. Eine weitere Provokation für den Kreml. Auch von der Pflicht ukrainischer Buchläden, mindestens fünfzig Prozent ihrer Bestände auf Ukrainisch anzubieten, gibt es Ausnahmen für die genannten Minderheiten- und die EU-Sprachen.²⁰⁷

In deutschen Medien hagelte es Kritik. Von »*Das Russische abwürgen*«²⁰⁸ und »*Sprachzwang*«²⁰⁹ war die Rede.

Während Russland die neue Regelung als »*skandalös*« verurteilte, kündigte Selenskyj (der damals noch kein Präsident war) an, das Gesetz nach seinem Amtsantritt (zwei Monate später) zu überprüfen.²¹⁰ Das Gesetz ist jedoch drei Jahre später, unter seiner Führung, in Kraft getreten. Damit ist die Ukraine das erste Land, das Pressepublikationen in einer konkreten Sprache faktisch verbietet.²¹¹

2021: Selenskyj ließ zudem drei prorussische TV-Sender verbieten,²¹² was ebenfalls den Zorn der Russen auf sich zog.

3

Selenskyj drängt in die NATO

Mitte Februar 2022: Auf der Münchner Sicherheitskonferenz – noch vor dem russischen Einmarsch – sagte Selenskyj, sein Land brauche Hilfe in Form von Waffen, Geld und Investitionen in die Wirtschaft. Außerdem rief er die westlichen Staaten zu mehr Ehrlichkeit auf. Das betreffe vor allem den viel diskutierten NATO-Beitritt der Ukraine. Diesbezüglich wünschte sich Selenskyj einen »klaren« Zeitrahmen.²¹³

Von den westlichen Staaten forderte Selenskyj außerdem eine Änderung des Verhaltens gegenüber Russland. Die Ukraine sei der »Schutzschild« Europas gegen Russland und verdiene deshalb mehr internationale Unterstützung.²¹⁴

Mit dieser Rede lieferte Selenskyj der Propaganda aus dem Kreml weitere Argumente. Die Russen werden später nämlich sagen, dass die Ukraine schon immer in die NATO wollte, dass dies eine Bedrohung für die Föderation darstelle und dass die Ukraine durch Wirtschaftshilfen noch mehr eine »Marionette« des Westens werden würde.

4

Selenskyj drängt in die EU

1. März 2022: In einem emotionalen Appell an das Europaparlament forderte Selenskyj mitten in den Kriegshandlungen die Aufnahme seines Landes in die Europäische Union: *»Wir kämpfen für unsere Rechte, für unsere Freiheit, für unser Leben. Und nun kämpfen wir ums Überleben«*, sagte er zu Beginn einer Sondersitzung des Parlaments in einer Videobotschaft.²¹⁵ Und weiter:

*»Aber wir kämpfen auch, um gleichwertige Mitglieder Europas zu sein. Die Europäische Union wird deutlich stärker mit uns sein. Das steht fest. Ohne euch wird die Ukraine alleine sein. Wir wollen unsere Kinder leben sehen. Beweisen Sie, dass Sie bei uns sind (...) Beweisen Sie, dass Sie tatsächlich Europäer sind.«*²¹⁶

Selenskyj wurde mit stehenden Ovationen von den Abgeordneten begrüßt und wurde ebenso verabschiedet. Viele Parlamentarier trugen

T-Shirts mit der ukrainischen Nationalflagge, und viele Protestplakate gegen den Krieg waren in ihren Reihen zu sehen.²¹⁷

Schon zuvor, wenige Tage nach dem russischen Angriff auf sein Land, hatte Selenskyj eine »*unverzügliche Aufnahme der Ukraine nach einer neuen speziellen Prozedur*« gefordert. Auch der ukrainische Parlamentspräsident Ruslan Stefanchuk warb am in einer eigenen Videobotschaft an das Europaparlament eindringlich für den EU-Beitritt seines Landes.²¹⁸

Mitte März 2022: Nach dem EU-Gipfel im französischen Versailles sagte EU-Ratschef Charles Michel:

»Die Ukraine gehört zur europäischen Familie, und wir wollen alle Anstrengungen unternehmen, um die Verbindungen mit dem Land zu stärken.«²¹⁹

Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer brachte das Ergebnis der Verhandlungen auf einen Nenner:

»*Schnelle Hilfe, langes Beitrittsverfahren*«.²²⁰

Demnach scheint klar, dass die Ukraine mittel- bis langfristig ein Mitglied der Europäischen Union werden soll.

5

»Unsere Würde ist der größte Schatz«

3. März 2022: Der ukrainische Präsident wandte sich in einer Videoansprache an seine Bevölkerung. Er sprach u.a. von »*Besatzern*« und vom Ende des Krieges:

»*Und ich sage zu Russland. Lernt die Worte Reparation und Kontribution. Ihr werdet uns alles entschädigen, alles was ihr gegen unseren Staat und gegen jeden Ukrainer getan habt, in vollem Umfang (...) Wir haben nichts zu verlieren, außer unserer eigenen Freiheit, unsere eigene Würde, das ist für uns der größte Schatz*«.²²¹

Danach gab er eine Pressekonferenz. Auf die Frage, was er mit Putin besprechen würde, wenn er es könnte, antwortete Selenskyj:

»*Ich glaube, wir sollten einfach ohne Bedingungen, ohne Beleidigungen sprechen, wie Menschen, wie Männer. Es ist sehr wichtig, wenn es möglich ist, ich weiß ja nicht, was jetzt mit ihm los ist (...) Ja, es gibt Fra-*

gen, und ich bin bereit alle zu besprechen. All die Fragen. (...) Unsere Sprache, die Problematik der russischen Sprache hier. Ich sehe diese Problematik nicht, kann ich darüber sprechen, kein Problem. Donbass, die besetzten oder nicht besetzten Gebiete, den Status der Volksrepubliken (...)«.²²²

Allerdings stellte er in den nächsten Tagen erneut seine Forderung zur Aufnahme in die NATO, was von russischer Seite wohl als weitere Provokation aufgefasst worden sein dürfte.

6

Das Spiel mit dem Dritten Weltkrieg

7. März 2022: Die Ukraine drängte nach Angaben von Präsident Wolodimir Selenskyj jetzt *nicht* länger – und wahrscheinlich unter dem Eindruck der fortgesetzten blutigen Kampfhandlungen – auf eine NATO-Mitgliedschaft. Er habe seine Haltung zu dieser Frage »*schon vor einiger Zeit abgemildert*«, da die NATO offenbar nicht bereit sei, »*die Ukraine zu akzeptieren*«, sagte er in einem Interview mit dem US-Sender ABC.²²³

In den darauffolgenden Tagen machte Selenskyj dem Westen den Vorwurf, keine Flugverbotszone einzurichten und gab den westlichen Politikern die Schuld am Tod von Frauen und Kindern durch russische Bomben.²²⁴ Immer und immer wieder verwies er darauf, wie wichtig eine solche Flugverbotszone sei, und dass sich »*jeder*« am Morden schuldig machte, der diese nicht wolle.²²⁵

16. März 2022: Mit einer dramatischen Rede vor den beiden Kammern des US-Kongresses (per Videoschalte), die mit einem Film über die Zerstörungen in seinem Land und Toten, darunter auch Bilder von toten Kindern, flankiert wurde, forderte Selenskyj erneut die Einrichtung einer Flugverbotszone: Russland habe den Himmel über der Ukraine in eine Quelle des Schreckens und des Todes verwandelt, sagte er zu den US-Senatoren und Kongressabgeordneten. Die Flugverbotszone sei notwendig, damit Russland die ukrainischen Städte nicht mehr »*terrorisieren*« könne. Solchen Terror habe es in Europa seit 80 Jahren nicht mehr gegeben.²²⁶

Diese Argumentation mag von seiner verzweifelten Lage aus richtig gewesen sein, aber sie verschwieg die Tatsache, dass es einen Dritten Weltkrieg bedeuten würde, wenn NATO-Kampffjets russische

MIGs abschießen, um das Flugverbot durchzusetzen. Deshalb waren Selenskyjs Appelle gefährlich für den Rest der Welt, wenn auch höchst verständlich in seiner dramatischen Situation.

Die taz schrieb:

»Falsch und gefährlich. Präsident Selenskyjs Drängen nach einer Flugverbotszone ist verständlich. Doch dann würde ein Krieg zwischen Atommächten drohen.«²²⁷

Die Angst vor einem Dritten Weltkrieg war in diesen Tagen auf dem ganzen Globus beinahe förmlich zu spüren. Seit der Kubakrise 1962, als die Amerikaner eine Stationierung von sowjetischen Raketen auf der lateinamerikanischen Insel nicht akzeptierten und ebenfalls einen Dritten Weltkrieg riskierten, war die Gefahr nicht mehr so groß.

Schon damals brachte die Kubakrise die Großmächte USA und Sowjetunion an den Rand eines Atomkriegs. Der Grund war die Stationierung sowjetischer Atomraketen auf der Karibikinsel. Washington verhängte eine Seeblockade um Kuba und drohte mit harten militärischen Schlägen. Daraufhin wurden die Atomstreitkräfte beider Seiten in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Nach Tagen großer Anspannung einigten sich die USA und die Sowjetunion schließlich auf den Abzug der Raketen aus Kuba und aus der Türkei.²²⁸

Der Kreml argumentiert nun, dass das westliche Militärbündnis durch die Ukraine – früher Teil der Sowjetunion – näher an Russland heranrücken und dort Raketen stationieren will. Die NATO weist dies zurück.²²⁹ Doch die Erfahrungen mit der bisherigen Osterweiterung machen die Russen äußerst misstrauisch.

17. März 2022: Selenskyj sprach über eine Videoschalte live im Deutschen Bundestag. Er wandte sich direkt an das deutsche Volk, forderte die Aufnahme in die EU und appellierte an die historische Verantwortung der Deutschen.²³⁰ An Bundeskanzler Olaf Scholz persönlich appellierte er:

»Helfen Sie uns, diesen Krieg zu stoppen, damit Ihre Kinder später stolz sind auf Sie!«²³¹

Manche Bundestagsabgeordnete hatten Tränen in den Augen.

Die Situation des ukrainischen Präsidenten während des russischen Angriffskrieges war äußerst schwierig. Der Schweizer *Tagesanzeiger* brachte es auf den Punkt:

»Die Welt macht ihn zum Helden – und lässt ihn im Stich.«²³²

7

»Putin, du bist ein Mörder!«

Ein weiterer wichtiger Protagonist in der Außenwahrnehmung ist Andrij Melnyk, der ukrainische Botschafter in Deutschland. Er versuchte die deutsche Öffentlichkeit mit teils drastischen Aussagen zu mobilisieren, argumentierte, der Krieg gegen die Ukraine sei ein Krieg gegen den gesamten Westen²³³ und forcierte sich damit innerhalb von nur wenigen Tagen vom unbekanntem Diplomaten zum Talkshow-Star.

Überall tauchte er plötzlich im Fernsehen auf. Melnyk ist in Deutschland jetzt das Gesicht seines Volkes, aber auch das »*Entertainmentprogramm der Grünen*«, wie es *DER SPIEGEL* formulierte.²³⁴ Auch ins Axel-Springer-Haus kommt Melnyk gerne, denn die haben vor ihrem Hochhaus sogar die ukrainische Fahne gehisst.²³⁵

Dabei ist Melnyk offenbar ein »Fan« des ukrainischen Nationalistenführers Stepan Bandera, der im Zweiten Weltkrieg mit den Deutschen zusammenarbeitete und dessen berüchtigte OUN-B-Milizen an Pogromen gegen die jüdische Zivilbevölkerung in Lemberg beteiligt waren.²³⁶ Der ukrainische Botschafter in Deutschland legte, so *DER SPIEGEL*, vor ein paar Jahren sogar Blumen am Münchner Grab des Antisemiten, Nazi-Kollaborateurs und Faschisten Bandera ab.²³⁷

Für Melnyk ist Bandera ein Freiheitskämpfer. Jede große Straße in Kiew ist heute nach ihm benannt.²³⁸

Melnyk gab, dessen unbeeindruckt, seine Argumente und Forderungen in den deutschen Medien mantragleich wieder:

- Man könne sich nicht auf die deutsche Politik verlassen.
- Man müsse internationalen Druck aufbauen.
- Aussetzung von Swift für russische Banken.
- Errichtung einer Flugverbotszone.
- Lieferung von Defensivwaffen.
- Lieferung von schweren Waffen, auch Panzer.²³⁹
- Unterstützung bei der EU-Mitgliedschaft.
- Das Ende von Nord Stream.²⁴⁰

Am **10. März 2022** rief Melnyk im Berliner Abgeordnetenhaus:

»Putin, du bist ein Mörder, du wirst für alle Ewigkeit in der Hölle schmoren!«²⁴¹

Erwartungsgemäß schonte er auch Deutschland nicht:

»Die Welt hat zugeschaut, Deutschland hat zugeschaut. Putin führt einen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine, vor allem gegen unschuldige Zivilisten«.²⁴²

»Wir kämpfen. Für uns, für unser Leben, für unsere Kinder. Aber wir kämpfen auch für Sie. Wir kämpfen auch für Ihre Freiheit«, sagte Melnyk unter dem Beifall der Abgeordneten.²⁴³

Ein paar Tage zuvor hatte er auf die Frage eines amerikanischen Journalisten, ob er auch kämpfen würde, gesagt: Nein, er selbst bleibe in Berlin. Er könne hier mehr ausrichten als mit der Waffe zu Hause. Er habe auch gar keine militärische Ausbildung.²⁴⁴

Unbestritten, die Ukraine befindet sich in einer verzweifelten Lage. Das Land kämpft um sein Überleben. Der russische Angriffskrieg zerstört Städte und tötet Menschen. Der Westen lieferte Waffen, gab sonstige Unterstützung und nahm Millionen Flüchtlinge auf. Dennoch wollten weder die USA noch seine Verbündeten einen Dritten Weltkrieg riskieren. Eine schwierige Situation, die die Ukrainer letztlich zu Opfern macht.

Teil III:

Die Sicht der Russischen Föderation

Wer ist Wladimir Putin? – Eine Kurzbiografie

Wladimir Wladimirowitsch Putin wurde am 7. Oktober 1952 in Leningrad geboren. Sein Großvater väterlicherseits, Spiridon Iwanowitsch Putin, war angeblich Koch bei Lenin und Stalin.²⁴⁵

Putin spricht fließend Deutsch²⁴⁶ und war von 1983 bis 2013 mit der Deutschlehrerin Ljudmila Schkrebnewa verheiratet.²⁴⁷ Sie haben zwei Töchter.²⁴⁸

Putin hat ein wahrlich abenteuerliches Leben, das sich in keiner Weise mit den Biografien anderer Staatslenker vergleichen lässt: Putin begann früh, sich für Kampfsport zu interessieren. Als Jugendlicher übte er Boxen, Sambo und Judo, in letzterem wurde er Leningrader Stadtmeister.²⁴⁹ Im Alter von 18 Jahren wurde ihm der Schwarze Gürtel verliehen.²⁵⁰ Auch als Präsident trainiert er regelmäßig Judo im Kreml. Ferner gehört Skifahren zu seinen sportlichen Vorlieben, und er spielt auch Eishockey.

Putin schloss ein Jura-Studium an der Universität Leningrad ab. Von 1975 bis 1982 war er KGB-Offizier in der ersten Hauptabteilung (Auslandsspionage). Von 1984 bis 1985 besuchte er die KGB-Hochschule in Moskau. Putin war ab 1985 in der DDR tätig, hauptsächlich in Dresden, wo er seine Deutschkenntnisse vertiefte. Er avancierte vom Rang eines Hauptmanns zum Major. Seine Tätigkeit in der DDR umfasste Personalgewinnung, Ausbildung in Funkkommunikation und die Überwachung von Besuchergruppen.²⁵¹

Putin wurde im Januar 1990 in die UdSSR zurückbeordert. Aufgrund Personalüberkapazitäten beim Leningrader KGB ging er im Rang eines Offiziers der Reserve als Assistent des Rektors für internationale Fragen an die dortige Hochschule. Ein Jahr später wurde er zum Leiter des städtischen Komitees für Außenbeziehungen ernannt. 1994 stieg Putin zum ersten Vizebürgermeister von Petersburg auf. 1996 half er im örtlichen Wahlkampfstab von Boris Jelzin für die russischen Präsidentschaftswahlen mit. Im März 1997 wurde er dessen stellvertretender Kanzleileiter. Im Mai 1998 rückte Putin zum stellvertretenden Chef der Präsidentschaftsverwaltung auf. Vom 25. Juli 1998 bis August 1999 war Putin

Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, ab 26. März 1999 außerdem Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation.

Präsident Jelzin ernannte am 9. August 1999 seinen Wunschkandidaten Putin zum Ministerpräsidenten; die Duma bestätigte diese Entscheidung eine Woche später.²⁵²

Am 26. März 2000 fanden Präsidentschaftswahlen statt, die Putin im ersten Wahlgang mit 52,9 Prozent der Stimmen gewann. Nach Boris Jelzin wurde Wladimir Putin der zweite Präsident der Russischen Föderation.

Seit dem 7. Mai 2000 (mit Unterbrechung von 2008 bis 2012) ist er Präsident der Russischen Föderation. Von August 1999 bis Mai 2000 sowie von Mai 2008 bis zu seiner Wiederwahl als Staatspräsident 2012 war Putin Ministerpräsident Russlands. Vom 31. Dezember 1999 bis zu seiner Wahl am 7. Mai 2000 war er als kommissarischer Staatspräsident im Amt. Als Präsident verdient er laut Kreml nur etwas mehr als 130.000 Dollar im Jahr. Sein Privatvermögen wird jedoch auf Milliarden geschätzt.²⁵³

Doch auch unter Putin gibt es viele dunkle Seiten: Nach Angaben von Rosstat, der staatlichen Statistikbehörde von Russland, hat sich die Anzahl der Mitarbeiter der Gerichte und Staatsanwaltschaften in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Der Politologe Nikolaj Petrow schätzt, dass es in Russland gegenwärtig rund 4,5 Millionen »Silowiki« (Angehörige der Sicherheitsdienste, Polizei und Justiz) gibt, was sechs Prozent der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung entspricht: »[Das] ist mehr als in der Sowjetunion, wo doch Russland nur halb so groß ist.«²⁵⁴

In Putin-Russland werden den Bürgern genau die Grundrechte und Freiheiten genommen, die wir kennen: Meinungsfreiheit, das Recht, sich friedlich zu versammeln, das Recht auf faire Wahlen und das Recht auf einen unvoreingenommenen Prozess vor Gericht. Darüber hinaus haben sie die Stimmen der Opposition und freier Medien verloren. Seit dem Jahr 2000 sind unabhängige Medien zielstrebig zerstört, unter die Kontrolle des Staates bzw. kremlnaher Unternehmen gebracht oder zur Loyalität gegenüber der Regierung gezwungen worden.²⁵⁵

In Russland wie auch in der Ukraine (siehe das Kapitel → »Die Sicht der Ukraine«) gibt es nach wie vor milliardenschwere Oligarchen. Das sind Großindustrielle, die durch ihren Reichtum Einfluss auf die Regierung, über ein Land oder eine Region ausüben. In der westlichen Welt wird

ein Oligarch verharmlosender als »Wirtschaftsmagnat« oder »Tycoon« bezeichnet.²⁵⁶

In den 1990er-Jahren war der Einfluss der russischen Oligarchen so groß, dass vom »goldenen Oligarchen-Zeitalter« gesprochen wurde. Mit Putin ging der Einfluss der Mächtigen zunächst zurück: Er statuierte ein Exempel an dem Oligarchen Mikhail Khodorkovsky, welcher wegen Steuerdelikte zu neun Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Auch andere Oligarchen bekamen Probleme mit der Justiz. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass Putin nur die Personen verfolgen ließ, die ihm später im Weg stehen könnten.²⁵⁷ Denn Oligarchen gibt es nach wie vor in Russland.

Leonid Newslin, Kuratoriumsmitglied des Institute of Modern Russia (IMR), schrieb (Hervorhebungen durch mich):

*»Im Laufe der vergangenen 20 Jahre ist **in Russland ein spezieller Typ Elite entstanden, auf Putin persönlich ausgerichtet und abhängig von ihm. Diese Elite hat in Russland ein System neo-feudaler Herrschaft errichtet und betrachtet das Land lediglich als Quelle persönlicher Bereicherung. Im System Putin sind ganze Dynastien großgeworden: die Timtschenkos, Rotenbergs, Kowaltschuks, Patruschews, Murows, Schamalows, Bortnikows, Setschins. Die Wirtschaft Russlands ist so zugerichtet worden, dass es den Interessen dieser Elite dienlich ist. Der Staat und die politischen Institutionen wurden auf eine Art umgestaltet, dass sie zwar die Fassade einer Demokratie wahren, ihrem Wesen nach jedoch das Regime stärken und konservieren. Im Kern besteht das Ergebnis von Putins Herrschaft darin, dass sich Russland zu einem Mafiastaat gewandelt hat**«.*²⁵⁸

Putins Russland ein Mafiastaat?

Nichtsdestotrotz bezeugen meine russischen Freunde mir unisono, dass Putin ein sehr guter Präsident sei, der Russland wieder stark gemacht habe. Ganz anders als der »versoffene« Jelzin, der das Riesenreich den Oligarchen zum Fraß vorgeworfen habe, nur um weiterregieren zu können. Gorbatschow, der hierzulande als »Held« stilisiert wird, gilt bei meinen Freunden als der »schwächste« Präsident, den das Land jemals hatte, der verantwortlich sei für den Zerfall der UdSSR, Hunger und Verarmung.²⁵⁹

Im Juli 2021 wurde vom Kreml der von Wladimir Putin gezeichnete Aufsatz »Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer« veröffent-

licht.²⁶⁰ Darin bezeichnete Putin die Ukraine als ein vom Westen kontrolliertes »*Anti-Russland*«.²⁶¹

Um zu verstehen, wie es zu den verhängnisvollen Ereignissen und zum Angriff auf die Ukraine gekommen ist, muss man die russische Sicht der Dinge kennen. Das soll nicht **verklären**, sondern **erklären**. Ich bitte den Unterschied zu beachten. Für Putin war die »Spezialoperation« nämlich eine Präventivmaßnahme.

1

Russland will Sicherheitsgarantien

Dezember 2021: Ich habe im Kapitel → »Der russische Einmarsch in die Ukraine« bereits erläutert, dass Wladimir Putin auf seiner alljährlichen Pressekonferenz weitreichende Forderungen an die USA und die NATO nach verbindlichen Sicherheitsgarantien stellte. Kurz darauf veröffentlichte der Kreml Entwürfe für zwei Abkommen mit dem Ziel, eine weitere Öffnung der Atlantischen Allianz nach Osten sowie die Errichtung von US-Militärstützpunkten in früheren Sowjetrepubliken, die nicht der NATO angehören, zu verhindern. Auch müsse die NATO ihre Truppen auf die Positionen von 1997 zurückziehen und die USA müssten ihr Nukleararsenal aus Westeuropa entfernen.²⁶²

Erst **Ende Januar 2021** antworteten die NATO und auch die USA: Sie machten klar, dass es in den großen Prinzipienfragen keinen Verhandlungsspielraum gäbe. Für die NATO (und die EU) galt und gilt: Jeder Staat ist frei, seine Bündnisse selbst zu wählen. Das ist die Grundbedingung der europäischen Sicherheitsordnung.²⁶³

Doch aus russischer Sicht lag und liegt genau hier die Crux. Die europäische Sicherheitsordnung, wie sie sich seit 1992 herauskristallisiert und entwickelt hat, ist für den Kreml nicht mehr akzeptabel. Russland will eine Pufferzone, zwischen sich und dem Westen.

Die NATO habe seit dem Kalten Krieg sein Land mit »*fünf Erweiterungswellen*« ohne Rücksicht auf russische Sicherheitsinteressen »*dreist betrogen*«, behauptete Putin dann auch im **Dezember 2021**.²⁶⁴

Die Truppenstärke der größten Armeen der Welt (2022)

Platz	Land	Truppenstärke
1.	China	2.000.000 Soldaten
2.	Indien	1.450.000 Soldaten
3.	USA	1.390.000 Soldaten
4.	Nordkorea	1.200.000 Soldaten
5.	Russland	850.000 Soldaten
6.	Pakistan	640.000 Soldaten
7.	Iran	575.000 Soldaten
8.	Südkorea	555.000 Soldaten
9.	Vietnam	470.000 Soldaten
10.	Ägypten	450.000 Soldaten

Quelle: Global Firepower²⁶⁵

Für Wladimir Putin ist der Krieg in der Ukraine eine »*spezielle militärische Operation*«, wie er am Tag des Einmarsches am 24. Februar 2022 in einer historischen Rede an die Nation mitteilte²⁶⁶. Hier einige längere Auszüge, denn es ist für die historische Einordnung wichtig, Putins Sicht zu erfahren (Hervorhebungen durch mich):

»Es geht darum, was uns besonders beunruhigt und besorgt, um diese fundamentalen Bedrohungen, die Jahr für Jahr, Schritt für Schritt grob und ungeniert von unverantwortlichen Politikern im Westen gegen unser Land gerichtet werden. Ich meine damit die Ausdehnung des NATO-Blocks nach Osten, die Annäherung seiner militärischen Infrastruktur an die Grenze Russlands.

Es ist bekannt, dass wir in den vergangenen 30 Jahren beharrlich und geduldig versucht haben, mit den führenden NATO-Ländern eine Einigung über die Grundsätze der gleichen und unteilbaren Sicherheit in Europa zu erzielen. Als Antwort auf unsere Vorschläge sind wir immer wieder entweder auf zynischen Betrug und Lüge oder auf Druck- und Erpressungsversuche gestoßen, während sich das Nordatlantische Bündnis trotz all unserer Proteste und Bedenken immer weiter ausdehnt. Die Kriegsmaschinerie ist in Bewegung, und, ich wiederhole, sie nähert sich unseren Grenzen.

(...) Dazu gehören auch die Versprechen an unser Land, die NATO nicht einen Zoll weiter nach Osten zu erweitern. Ich wiederhole: **Sie haben uns getäuscht, oder, um es im Volksmund zu sagen, einfach abserviert** (...)

Das **Problem** besteht darin, dass auf den an **uns angrenzenden Gebieten** – ich betone, auf unseren eigenen historischen Gebieten – **ein uns feindlich gesinntes ›Anti-Russland‹ geschaffen** wird, das **unter vollständige Kontrolle** von außen gestellt wurde, **von den Streitkräften der NATO-Länder intensiv besiedelt und mit den neuesten Waffen vollgepumpt** wird.

Für die USA und ihre Verbündeten ist dies eine sogenannte Politik der Eindämmung Russlands, eine offensichtliche geopolitische Dividende. **Für unser Land ist es jedoch letztlich eine Frage von Leben und Tod, eine Frage unserer historischen Zukunft als Nation** (...)

Die **führenden NATO-Länder unterstützen** zum Erreichen ihrer eigenen Ziele **extreme Nationalisten und Neonazis in der Ukraine**, die ihrerseits den Bewohnern der Krim und Sewastopols ihre freie Entscheidung für die Wiedervereinigung mit Russland nie verzeihen werden. (...)

Man hat uns einfach keine andere Möglichkeit gelassen, Russland und unser Volk zu verteidigen, als die, zu der wir heute greifen müssen. Die Umstände verlangen von uns entschlossenes und sofortiges Handeln.

Die Volksrepubliken des Donbass haben Russland um Hilfe gebeten. In diesem Zusammenhang habe ich gemäß Kapitel 7 Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen mit Zustimmung des russischen Föderationsrates und in Umsetzung der von der Föderalen Versammlung am 22. Februar dieses Jahres ratifizierten Verträge über Freundschaft und gegenseitigen Beistand mit der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk **die Entscheidung getroffen, eine Sonder-Militäroperation durchzuführen.**

Ihr **Ziel ist der Schutz der Menschen**, die seit acht Jahren Misshandlung und Genozid ausgesetzt sind. Und zu diesem Zweck werden wir uns um die **Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine** bemühen und diejenigen vor Gericht stellen, die zahlreiche blutige Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, einschließlich der Bürger der Russischen Föderation, begangen haben (...)

Jetzt ein paar wichtige, sehr wichtige Worte für diejenigen, bei denen die Versuchung aufkommen könnte, sich von der Seite in das Gesche-

*hen einzumischen. Wer auch immer versucht, uns zu behindern, geschweige denn eine Bedrohung für unser Land und unser Volk zu schaffen, muss wissen, dass die Antwort Russlands sofort erfolgen und zu Konsequenzen führen wird, die Sie in Ihrer Geschichte noch nie erlebt haben (...)*²⁶⁷

Putin beschuldigte die USA und den Westen zudem, ein »Imperium der Lüge« geschaffen, das in Jugoslawien, Libyen, Syrien und dem Irak Unheil gestiftet habe. Der Westen zwingt Russland fremde Werte auf, die »zu Niedergang und Aussterben führen, weil sie der Natur des Menschen widersprechen [offenbar ein Hinweis auf LBQT, Genderismus und Homo-Ehe, etc./MGR]«. Dennoch habe Russland im Dezember 2021 das Gespräch über Sicherheitsgarantien und ein Ende der NATO-Erweiterung gesucht, vergebens.²⁶⁸

Zehn Minuten nach der Ausstrahlung dieser Rede waren in der ostukrainischen Stadt Kramatorsk die ersten Explosionen zu hören und russische Streitkräfte drangen in die Ukraine ein.²⁶⁹

2

»Wir kämpfen gegen Neo-Nazis«

Immer wieder behauptet die russische Führung, in der Ukraine gegen »Neo-Nazis« zu kämpfen und das Land »entnazifizieren« zu wollen. Das ruft hierzulande Kopfschütteln hervor. Doch für die russische Führung ist das sehr ernst. Im Kapitel → »Neonazis in der ukrainischen Führung und in der Armee?« bin ich bereits auf diese Thematik eingegangen.

Am **3. März 2022** sagte Putin in einer TV-Ansprache (Hervorhebungen durch mich):

*»(...) Zugleich werde ich niemals darauf verzichten, dass Russen und Ukrainer ein Volk sind, obwohl ein Teil der Bevölkerung der Ukraine eingeschüchtert wurde. Viele wurden verdummt durch **nazistische Nazi-Propaganda** (...) Und die Tatsache, dass wir gegen die Neo-Nazis kämpfen, zeigt den Verlauf der Kämpfe.*²⁷⁰

Putin nahm hier eindeutig auf die rechtsextremen Freiwilligenverbände und die Asow-Einheiten Bezug (siehe Kapitel → »Neonazis in der ukrainischen Führung und in der Armee?«).

Auch der russischer Außenminister Lawrow antwortete bei einer viralen Pressekonferenz ebenfalls am **3. März 2022** auf die Frage eines amerikanischen Journalisten von ABC:

»Präsident Selenskyj, der erste jüdische Präsident, ein Neonazi?«

Lawrow:

»Es ist schwer zu erklären, wie Präsident Selenskyj den Vorsitz innehaben kann, in einer **Gesellschaft, wo die Neonazis und der Neonazismus üppige Blüten schlagen. Die marschieren auf, machen ihre Fackelzüge und für diese Fackelzüge hat Präsident Selenskyj seine Ehrenwache mit zur Verfügung gestellt.** Sie führen Übungen durch, die werden **ausgebildet, um Straßenkampf zu üben** (...) Das alles geschieht unter Selenskyj und wenn er dann erklärt, dass sein Großvater gekämpft hat, dann schauen Sie mal, welche Gesetze er unterzeichnet. **Wie kann ein Präsident, der ein Mann des Friedens sein müsste, wie jeder Jude, ein Gesetz über die indigenen Völker in der Ukraine unterzeichnen, und da gehören die Russen nicht dazu.** Wie kann ein Präsident, der kein Rassist ist, **ein Gesetz unterstützen und unterzeichnen, die russische Sprache nicht nur in den Schulen verbieten** – was schon genug ist – sondern überhaupt im alltäglichen Leben. Es ist dort verboten – also, du kommst in die Apotheke und willst eine Arznei, dann darfst du das nicht auf Russisch machen. Ich könnte noch vieles aufzählen (...)«.²⁷¹

Anmerkungen: Das rechtsradikale Regiment Asow (siehe Kapitel → »Neonazis in der ukrainischen Führung und in der Armee?«) marschierte 2020 in Kiew auf.²⁷² Lawrow bezog sich auch auf das Ukrainische Sprachgesetz (siehe Kapitel → »Ukrainisches Sprachgesetz: Recht auf Bedienung in der Landessprache«).

3

»Von der Ukraine geht eine Angriffsfahr aus«

Das ist das Hauptargument des russischen Angriffs gegen die Ukraine und zeigt – aus russischer Sicht – den Präventivcharakter der Invasion. Auf der bereits erwähnten viralen Pressekonferenz erklärte der russische Außenminister Lawrow (Hervorhebungen durch mich):

»**Wir können nicht zulassen, dass von der Ukraine eine direkte Angriffsfahr ausgeht** (...) Das **Drängen der Ukraine nach NATO**

und der vollständige **Unwillen der NATO, sich so zu verhalten, dass keine Sicherheit auf die Kosten anderer geschaffen werden soll, das sind die Hauptgründe.**²⁷³

(...) **Es geht um die Weltordnung**, und nicht zufällig versucht der Westen mit allen möglichen Mitteln nicht auf unsere klaren Vorschläge zu reagieren, die auch entsprechend eine künftige Sicherheitsarchitektur betrifft. **Aber kein Land kann seine Sicherheit auf die Kosten anderer Länder aufbauen (...)** **Es geht um eine Erhöhung der Sicherheit des Westens auf Kosten von Russland (...)**

*Ich komme nicht um den Vergleich umhin: **Napoleon und Hitler wollten Europa unterwerfen, und das haben jetzt die Amerikaner gemacht.** In der NATO stellt sich die Frage gar nicht, und der EU hat man gezeigt, wo sie hingehört, und die Sache mit Nordstrom 2 hat gezeigt, wo der Platz Europas in der Welt (...) ist. Man hat sie gezwungen und das war's (...) Wir sind immer dialogbereit, bei einer Bedingung: **Nur auf Augenhöhe, gleichberechtigt, mit Respekt gegenüber den Interessen des Anderen**«.*²⁷⁴

In einer weiteren Rede am **16. März 2022** über die »Sonderoperation zur Demilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine« sagte Putin, der Westen wolle Russland »zerschlagen« und »abschaffen«. Wohl im Hinblick auf die harten Sanktionen sagte er, sein Land solle »in ein schwaches, abhängiges Land verwandelt« und »im besten Fall« zerstückelt werden.²⁷⁵ Und weiter:

»Viele Länder haben sich damit abgefunden, mit gebeugtem Rücken zu leben, aber Russland wird sich niemals in einem so erbärmlichen und gedemütigten Zustand befinden.«²⁷⁶

4

»Der Dritte Weltkrieg ist ein Kernwaffenkrieg«

Auf die Frage eines US-Journalisten von *NBC*, ob Russland versprechen könne, dass es nicht als erstes Kernwaffen einsetzen wird, antwortete der russische Außenminister Lawrow ausweichend:

»Wir haben eine **Militärdoktrin, wo die Parameter und die Bedingungen für den Einsatz von Kernwaffen fixiert sind (...)** Und schauen Sie bitte noch, was Ihr Präsident gesagt hat, Herr Biden. Er beantwortete die Frage, ob es eine Alternative gegeben hätte für diese Sanktionen,

nein, eine Alternative wäre nur der Dritte Weltkrieg, und wir wissen, ein Dritter Weltkrieg ist ein Kernwaffenkrieg. **Aber das sind die Köpfe der westlichen Politiker, wo immer dieser Kernkrieg drin ist und nicht in den Köpfen der Russen.** Ich versichere Ihnen, wir werden nicht zulassen, dass irgendwelche Provokationen uns zwingen, die Contenance zu verlieren. **Aber wenn man gegen uns einen echten Krieg entfesseln wird, das sollten diejenigen bedenken, die solche Pläne hegen**«. ²⁷⁷

In der Diskussionsrunde »Talk im Hangar-7« war auch der ehemalige Chefredakteur von *Russia Today* (dem russischen Auslandsfernsehen), Ivan Rodionov, eingeladen, der auch über die atomare Gefahr durch die Ukraine sprach. Rodionov vertrat offenbar den offiziellen russischen Standpunkt. In Bezug auf die Ukraine und Atomwaffen sagte er (Her vorhebungen durch mich):

»Für Russland stellt das einen kritischen Bedrohungsfaktor dar. **Eine Ukraine, die jetzt auch zuletzt mit Atomwaffen gedroht hat, das hat Präsident Selenskyj zweimal auf der Münchner Sicherheitskonferenz gemacht** ²⁷⁸ (...) hat er es noch einmal gesagt, dass nur **Nuklearwaffen, eine starke Armee und NATO könne sein Land schützen und eine atomar bewaffnete Ukraine ist eine weit größere Bedrohung als ein atomar bewaffneter Iran für Israel**«. ²⁷⁹

Die Nuklearwaffendepots der Atommächte	
Sprengköpfe in Einsatzbereitschaft:	3.750
Ständig in Alarmbereitschaft:	2.000 ²⁸⁰
Russland:	6.257
USA:	3.750
China:	350
Frankreich:	290
Vereinigtes Königreich:	225
Pakistan:	165
Indien:	160
Nordkorea:	45
Israel:	90

Quelle: Arms Control Association: Nuclear Weapons. Who Has What at a Glance. Fact Sheets & Briefs (Stand: Januar 2022) ²⁸¹

»Man hat aus der Ukraine eine Art Anti-Russland gemacht«

Der russische Außenminister Lawrow wiederholte mantragleich Putins Argument:

»Es kam zu **fünf Erweiterungswellen** der Allianz, und jedes Mal wurde die Rhetorik dieser Allianz und der militärischen Planung, die militärischen Übungen **zielten immer mehr gegen Russland ab** (...) Und man begann sich Richtung Osten zu erweitern, und immer einseitiger wurde diese **sogenannte Verteidigungslinie** gezogen, und diese befindet sich jetzt **dicht an der Russischen Föderation. Die USA geben den Ton an und schreiben ihre Befehle und Anweisungen** (...) Ich sage es noch einmal: Wir wollen diese Bedrohung nicht. Aber man hat aus der **Ukraine schon lange eine Art Anti-Russland** gemacht, einen **Brückenkopf, um alles Russische zu bekämpfen**. (...) Unsere Interessen werden **ständig beeinträchtigt**, und man schafft auch physische Bedrohungen für die russische Sicherheit, und das werden wir nicht zulassen. Wir dürfen das nicht zulassen«. ²⁸²

Ich fasse die Argumente der russischen Führung noch einmal zusammen, denn ohne das Verstehen des russischen Standpunktes, wird es auf Dauer keine Lösung geben:

- Keine weitere Errichtung von US-Militärstützpunkten in früheren Sowjetrepubliken.
- Sicherheitsgarantien.
- Abzug des US-Nuklearwaffen-Arsenals aus Westeuropa.
- Keine weitere NATO-Osterweiterung.
- Rückgängigmachung der ukrainischen Repressalien gegen die russische Minderheit (z. B. Sprachgesetz).

Hochrangige russische Regierungsvertreter drohten zudem, wenn die USA und die NATO weiterhin auf ihre Aktivitäten in der Nähe Russlands bestehen, dann könnte die Regierung in Moskau Truppen und Angriffswaffen in verbündeten lateinamerikanischen Ländern stationieren. So etwa auf Kuba oder in Venezuela. ²⁸³ Ob das die Amerikaner, die Russland jetzt kritisieren, zulassen würden, wage ich zu bezweifeln.

Für Russland und Putin hat die »Sonderoperation« in der Ukraine also einen präventiven Charakter. Bei einer Umfrage des russischen Markt- und Meinungsforschungsinstituts WZIOM Anfang März 2022 sprachen sich mehr als 70 Prozent der Befragten *für* die Durchführung einer »speziellen Militäroperation« aus, 21 Prozent waren dagegen.²⁸⁴

Streitkräftevergleich			
	NATO	Russland	China
Soldaten:	3,37 Mio.	850.000	2,0 Mio.
Kampfflugzeuge:	4575	1511	1571
Militärschiffe:	2049	605	777
Kampfpanzer:	9155	3417	5400

Quellen: Sipri, Globalfirepower, IISS, NATO, Statista, FAS.org²⁸⁵

Teil IV:

Welche Folgen hat der Krieg in der Ukraine für uns?

1

Der »Pearl-Harbor-Moment«:²⁸⁶ Deutschland wird wieder militarisiert

Mit dem Beschluss der Ampel-Regierung 100 Milliarden Euro zur Ausrüstung der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen, den Bundeskanzler Scholz am 27. Februar 2022 in einer Sondersitzung des Bundestages ankündigte,²⁸⁷ erlebt die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik den größten Militarisierungsschub seit Ende des Kalten Krieges²⁸⁸ und das ausgerechnet *mit der angeblichen* »Pazifisten-« und »Antikriegs-Partei« der Grünen an der Regierung. Wieder einmal haben diese ihre Grundsätze vergessen.

Unsere Gesellschaft wurde nach dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich entmilitarisiert, und zwar in der Gesellschaft, im Alltag, im Denken und in der Politik. Jetzt die Wende. Es wird sogar wieder über die Einführung einer Wehrpflicht diskutiert, und in die Ukraine, ein Kriegsgebiet, werden Waffen geliefert. Wer hätte gedacht, dass unsere Politiker innerhalb von nur wenigen Tagen den Status Quo, der seit über 30 Jahren anhielt, vollständig über den Haufen werfen würden?

Jetzt soll bis Ende 2022 eine »Sicherheitsstrategie« vorliegen und unser de facto »waffenloses« Land wieder militarisiert werden.²⁸⁹ Gender-Panzer und Uniformen für Schwangere stehen nicht mehr im Zentrum der »Bundeswehr-Zerstörer«, und auch Baerbocks großartig angekündigte »feministische Außenpolitik« ist angesichts des Krieges im Osten nur noch lächerlich.

Die Rüstungsindustrie kann ihr Glück kaum fassen. Nach jahrzehntelanger links-grüner-roter Diskriminierung steht sie jetzt wieder im Mittelpunkt – und wie!

So desaströs wurde die Bundeswehr »kastriert«:

	1989	2022
Soldaten:	490.000	180.000
Kampfpanzer:	5.000	300
Kampfflugzeuge:	620	230
Schiffe:	190	60
U-Boote:	24	6

Quelle: Military Balance²⁹⁰

Doch der Krieg in der Ukraine hat nicht nur geostrategische und militärische Folgen, sondern auch sehr weitreichende für unseren Alltag.

2

Energiekrise: Werden wir im nächsten Winter frieren?

Ausstieg aus Kohle und Atomkraft. Genauso wollten es die grünen Klimaschisten. Jetzt bekommen wir die Rechnung für diesen Irrsinn präsentiert. Das *Wall Street Journal* schrieb nicht umsonst in einem Leitartikel: »Die dümmste Energiepolitik der Welt«²⁹¹ und traf damit den Nagel auf den Kopf.

Jetzt müssen wir die Politik der »Dummen« ausbaden: Verbraucher müssen sich bei Strom und Gas auf weitere Kostenexplosionen einstellen. Denn Deutschland bezieht mehr als die Hälfte seiner Gas-Importe aus Russland. Durch das Aus von Nordstream-2 ist die Gefahr, dass Putin uns den Gashahn abdreht, noch gestiegen. Das Aus von Nordstream-1 wurde von den Russen bereits angedroht.²⁹² Dann Gnade uns Gott. Denn konträr der vollmundigen Versprechen von Klimaminister Habeck oder der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen – wird es länger dauern, bis *adäquater* Ersatz gefunden ist. Und wenn, wird es noch teurer für uns.

Jetzt soll sogar Gas aus Katar gekauft werden, ausgerechnet aus einem Land, das es mit den Menschenrechten nicht genau nimmt.²⁹³

Der grüne Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck reiste am 20. März 2022 eigens dafür nach Katar und machte vor Scheich Mohammed bin Hamad bin Kasim al-Abdullah Al Thani (Minister für Handel und Industrie) den Bückling. BILD schrieb bezeichnenderweise von einem sich tief verneigenden »Bittsteller« vor einem Land mit einem Staatschef, der u.a. die Terrororganisationen Hamas und Taliban finanzieren lässt.²⁹⁴

»Doch offenbar hat Habeck auf seiner Suche nach Energie weniger Angst vor diesen Scheichs als vor Kernkraft!«²⁹⁵

Ein autokratisches System wird im Denken des grünen Klimaministers also einfach ausgetauscht. Welch Heuchelei!

Voller Panik ging auch die EU bereits auf Energie-Shopping- und Betteltour um das begehrte Gas: in Aserbaidshan, Algerien und Nigeria.²⁹⁶ Alles »höchst demokratische« Länder. Menschenrechte hin und her, sie interessieren offenbar jetzt nicht mehr.

Erdgas: Die größten Exporteure (in Mrd. Kubikmetern)	
Russland:	238
USA:	138
Katar:	128
Norwegen:	111
Australien:	106

Quellen: BP, Bafa, World's Top Exports²⁹⁷

Rohöl: Die größten Exporteure (in Mrd. US-Dollar)	
Saudi-Arabien:	114
Russland:	73
Irak:	51
USA:	50
VAE:²⁹⁸	48

Quellen: BP, Bafa, World's Top Exports²⁹⁹

Russlands Anteil an deutschen Importen (in %)

Erdgas:	55
Steinkohle:	46
Nickel:	44
Titan:	41
Mineralöl:	34
Palladium:	18

Quellen: Bafam BP, Dera, VDKI³⁰⁰

Bedeutung Russlands für die deutsche Wirtschaft

Zahl der Unternehmen mit Vertretungen in Russland:	3.650
Zahl der Unternehmen mit russischen Geschäftsbeziehungen:	40.000
Deutsches Exportvolumen nach Russland (2021):	26,6 Mrd. €
Deutsche Jobs, die an diesen Exporten hängen:	280.000
Wieviel ihres Energiebedarfs Industrie mit Gas abdeckt:	25 %

Quelle: DIHK³⁰¹

Die Menschen stellen sich hierzulande völlig berechtigt die Frage: Muss ich im nächsten Winter frieren? Denn Habecks Pläne mit Flüssiggas-Terminals, die die Wende bringen sollen, scheitern an den Klimaschützern in seiner eigenen Partei, die die schlechte CO₂-Bilanz des Energieträgers anprangern. Zudem dürfte es Jahre dauern, bis so viele Terminals flächendeckend gebaut worden sind. Auch das umweltzerstörende Fracking-Gas aus den USA ist keine langfristige Alternative.

Selbst das Wirtschaftsministerium geht davon aus, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien erst 2028 mit voller Kraft läuft.³⁰² Ein weiteres Eigentor, das sich die grünen »Nicht-Weiter-Denker« geschossen haben ist die Tatsache, dass China 83 Prozent des globalen Bedarfs an Zellen und drei Viertel des Weltmarktbedarfs an Modulen dominiert, die dringend für den Solarfaktor benötigt werden.³⁰³

Nicht umsonst sagte Gunter Erfurt, Chef der Schweizer Firma Meyer Burger:

*»Würden Russland und China jetzt gemeinsame Sache machen, könnten sie unsere Energieversorgung plattmachen«.*³⁰⁴

Dieser Meinung ist auch Gabriel Felbermayr, der Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung:

*»Wenn China und Russland noch enger zusammenrücken, haben wir schlechte Karten«.*³⁰⁵

Fakt ist: Steigen die Energiepreise, wird für die Firmen die Produktion teurer. Das bedeutet für die Verbraucher: höhere Preise und eine noch höhere Inflation. Damit wird ausgerechnet jener Teil des monatlichen Budgets teurer, bei dem das Sparen am schwersten fällt, denn frieren will keiner. Berechnungen der Commerzbank-Tochter Comdirect zeigen, dass jeder Bundesbürger wegen der hohen Inflation bereits im vergangenen Jahr 1.000 Euro an Kaufkraft verloren hat. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Zu der höheren Inflation, den höheren Preisen und den gigantischen Energiepreisabgaben, die die links-grünen Klimaschisten in der Regierung durch die Verteuerung des CO₂-Preises eingeleitet haben, kommen jetzt noch die Auswirkungen des Ukraine-Krieges. Denn infolge dieser Krise haben sich Öl und Gas deutlich verteuert. Das Münchner ifo-Institut rechnet mit einem wahren »Preisschock« bei Gas, Strom, Heizöl, Kraftstoffen und Kohle. Da helfen auch keine – wie auch immer gearteten – staatliche »Hilfen« für die Bürger, denn diese können die Teuerungen in keiner Weise abfedern. Auch das Fahren wird immer teurer, so teuer, dass es sich viele Menschen bald nicht mehr leisten können.

Aber auch für die Wirtschaft kann eine Drosselung der Gaslieferungen höchst problematisch werden, denn sie müssen ihre Fabriken am Laufen halten.

Primärenergieverbrauch in Deutschland (2021) in Prozent

Mineralöl:	31,8
Erdgas:	26,7
Erneuerbare Energien:	16,1
Braunkohle:	9,3
Steinkohle:	8,6
Kernenergie:	6,2
Sonstige:	1,3

Quelle: AG Energiebilanzen³⁰⁶

3

Lebensmittelkrise: Werden wir bald hungern?

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine kann mittelfristig die Ernährungssicherheit in Europa und Deutschland gefährden. Wie im Kapitel → »Es geht um Rohstoffe und geopolitische Vorteile« bereits erläutert, gehört die Ukraine zu den größten Exporteuren von Gerste, Mais und Raps. Jährlich werden über 60 Millionen Tonnen Getreide produziert, mehr als die Hälfte davon exportiert. Im Jahr 2021 nahm die Ukraine 12,3 Milliarden US-Dollar mit der Getreideausfuhr ein.³⁰⁷ Fallen diese Lieferungen aus, haben ganz Europa und viele Entwicklungsländer ein Nahrungsmittelproblem.

Die Folgen sind seit Wochen deutlich: Die Lebensmittelpreise steigen drastisch und das gekoppelt mit den Energiepreisen. Eine verheerende Situation. Immer mehr Menschen können sich frisches Brot oder gar frisches Fleisch nicht mehr leisten, aber auch das Auto wird zur Geldverbrennungsmaschine.

Und so sieht es im Frühjahr 2022 aus: Leere Regale und Preis-Explosionen.

Jetzt schlägt auch die Fleischindustrie Alarm: Hohe Preise für Energie, Logistik und Schlachtvieh zerstören sämtliche Kalkulationen. Lebensmittel-Verbände sprechen sogar schon von der größten Rohstoffkrise seit dem Zweiten Weltkrieg.³⁰⁸

Die Folge: Fleisch und Wurst werden deutlich teurer. Schweinefleisch kostet jetzt schon zwischen 50 und 60 Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Aber auch die Produzenten kommen aufgrund der explosionsartig gestiegenen Preise für Strom- und Gas, ebenso gesteigerte Futtermittel- und Betriebskosten sowie des Ausfalls ukrainischer Fahrer an ihre Grenzen. Hubert Kelliger, der Konzern-Vertriebsleiter von Westfleisch, sagte:

»Wir brauchen eine schnelle Kostendeckung, sonst funktioniert die Versorgung mit Frischfleisch und Wurstwaren nicht mehr.«³⁰⁹

Schwierig ist die Lage aber nicht nur für die Fleischindustrie, auch für alle anderen Lebensmittelhersteller wird es angesichts von Rekordkosten für Energie und Agrarrohstoffe zunehmend dramatischer. Das gilt aber auch für andere Branchen. So wird das Papier immer knapper, weil die Produzenten aufgrund der Energiepreise ihre Betriebe dichtmachen.³¹⁰

Edeltraud G. beschrieb in einem Kommentar auf WELT online die Situation, in der sich viele Menschen befinden:

»Heute war ich in vier Supermärkten auf der Suche nach Rapsöl. Das war ein wirklicher Schock, noch nie habe ich in unserem Land so leere Regale gesehen. Mehl, Öl, Nudeln, Hefe sind rationiert – überall. In manchen Regalen, z. B. Knäckebrötchen lagen einige Packungen wie zur Dekoration. Wir werden Mangel kennenlernen, wenn nicht die Energiekosten gesenkt werden und noch weniger LKWs fahren werden. Die Träume der Grünen (möglichst hohe Energiepreise) sind jetzt schon krachend an der Realität gescheitert.«³¹¹

Der IWF prognostizierte, der Krieg in der Ukraine könne die Weltwirtschaftsordnung grundlegend verändern. Neben Folgen wie einer steigenden Inflation bei nachlassendem Wachstum seien längerfristige Auswirkungen denkbar, wenn sich der Energiehandel verschiebt, sich Lieferketten verändern, Zahlungs-Netzwerke zerfallen und Länder neu über ihre Währungsreserven nachdenken.³¹²

So kommt der Krieg unmittelbar zu uns und dominiert immer mehr unseren Alltag.

Teil V:

Fazit

Ich wiederhole: Putin hat einen Angriffskrieg entfacht, Völker- und Menschenrecht gebrochen, unendliches Leid verursacht und die Weltgemeinschaft gegen sich aufgebracht. Opfer sind die Menschen in der Ukraine, Zivilisten und Soldaten, aber auch die Angehörigen der russischen Streitkräfte, die sinnlos verheizt werden.

Zu den Fakten gehört allerdings auch, dass die NATO ebenfalls Angriffskriege in Libyen, Afghanistan und im Irak geführt hat. Der erste NATO-Angriffskrieg erfolgte im Jahr 1999 gegen Serbien: NATO-Kampffjets und Raketen griffen damals serbische Militäreinrichtungen und Infrastruktur an. Das war der erste Kriegseinsatz der NATO gegen einen souveränen Staat. Ein Angriff ohne UN-Mandat und daher völkerrechtswidrig.³¹³

NATO-Bomben forderten im Kosovo und in Serbien viele zivile Opfer. So trafen NATO-Kampffjets einen Personenzug auf einer Brücke und einen Flüchtlingskonvoi. Die Bilder von verbrannten und zerkleinerten Menschen waren schrecklich. Innerhalb von 11 Wochen kamen mehr als 400 unbeteiligte Zivilisten durch NATO-Angriffe ums Leben. Die NATO sprach verharmlosend von »Kollateralschäden« (deutsch: »Begleitschäden«).³¹⁴

Prof. Peter Kuznik (Historiker, Washington)

»Das hat mit der ursprünglichen Aufgabe der Bündnisverteidigung nicht das Geringste zu tun. Die Aktion soll vielmehr die westliche Vormachtstellung festigen«³¹⁵.

Tatsächlich operierte die NATO erstmals »out of Area« und das nicht zur Verteidigung eines Mitgliedsstaates. Das offizielle Ziel hieß: Menschenrechte schützen. Aus Sicht der NATO war der Einsatz auf dem Balkan eine »Friedensmission«.³¹⁶ So ähnlich argumentierte Putin auch bei seinem Einmarsch in die Ukraine.

Ich möchte nicht missverstanden werden: Das soll keinesfalls eine Rechtfertigung oder Relativierung sein. Aber gehört zu meiner Arbeit, auf diese Ereignisse hinzuweisen, um die Geschehnisse abseits der moralischen Empörung objektiv einzuordnen.

Tatsächlich ist die Welt mit dem 24. Februar 2022 eine andere geworden. Der Krieg in der Ukraine ist eine Zeitenwende. Es ist aber auch ein

Krieg über verschiedene Weltanschauungen, Werte, Wirtschafts- und Lebensmodelle. Vermutlich werden wir jetzt in eine Phase rücksichtsloser und offener Macht- und Interessenspolitik seitens der Großmächte USA, China und Russland eintreten.

Während ich diese Zeilen schreibe, ist der Krieg in der Ukraine noch in vollem Gange. Die Zukunft wird erweisen, wie es weitergehen wird. Fest steht jedoch: Mit dem Krieg in der Ukraine endet eine Epoche des relativen Friedens in Europa.³¹⁷ Eine neue, gefährlichere Zeit beginnt. Die Frage ist nur, ob und wie wir darauf vorbereitet sind.

Über den Autor:



Dr. h.c. Michael Grandt (Jahrgang 1963) arbeitet seit 1992 als investigativer Journalist, Publizist und Fachberater für die Themenbereiche Wirtschaft, Finanzen und Zeitgeschichte. Er hat an zahlreichen Fernsehreportagen u.a. für die britische *BBC*, den kanadischen *Channel 4*, den österreichischen *ORF* und die deutschen Sender *RTL*, *SAT 1* und *PRO 7* mitgearbeitet und ist in vielen TV-Talkshows als Experte aufgetreten.

Michael Grandt hat über 5000 Fachcontents verfasst und bisher 34 Bücher publiziert. Die verkaufte Gesamtauflage beträgt über 600.000 Exemplare. Seine Bücher standen bisher über hundert Mal auf den deutschen und österreichischen Bestsellerlisten, wie auf denen von *Spiegel*, *Focus*, *Stern*, *Manager Magazin* und *Handelsblatt*.

Im Jahr 2005 wurde Michael Grandt die Staufermedaille für besondere Verdienste um das Land Baden-Württemberg verliehen. 2011 wurde er mit der Ehrendoktorwürde der staatlichen rumänischen Universität Pitești für »angewandte Journalismus-Wissenschaften« im Bereich der investigativen Recherche geehrt.

2014 wurde sein Artikel »Warum gibt es Aktiengesellschaften?« in das Schulbuch »Startup – Wirtschaft und Recht für das Gymnasium Band 1« des C.C. Buchner Verlages in Bamberg aufgenommen.

Sein 2019 veröffentlichter Roman »Das Merkel-Attentat« (mit Alexander Strauß) und seine mehrbändige Sachbuch-Reihe »Adolf Hitler, eine Korrektur – was Ihnen die Geschichts- und Schulbücher verschweigen« (ab 2019) sowie »Ohne SPD wäre Hitler nicht an die Macht gekommen« (2021) und »Junge globale Führerin. Annalena Baerbock: Wer sie ist. Wer sie steuert. Was sie will« (2021) sorgten für Empörung beim Mainstream.

Weitere Bücher von Michael Grandt:

<http://www.michaelgrandt.de/meine-buecher/>

Kostenloser Newsletter/Blog von Michael Grandt:

<http://www.michaelgrandt.de/>

Telegram:

<https://t.me/MGrandt>

Olaf Scholz – Der rote Wolf im Schafspelz



Scholz und seine verschwiegene Vergangenheit

Kanzler Scholz ist seit einem halben Jahrhundert in der Politik tätig, und doch ist über ihn wenig bekannt. Nach außen hin gibt er sich intelligent, eloquent und engagiert. Doch hinter seiner gutbürgerlichen Fassade verbirgt sich ein ganz anderes Gesicht. Das Gesicht eines tiefroten Marxisten, eines autoritären Machtpolitikers und eines Mannes, der sich einst die Positionen des DDR-Regimes zu eigen machte und in verschiedenen Affären und Skandalen zwielichtige Rollen spielte, angefangen vom G20-Desaster, über die Milliarden-Pleite der HSH Nordbank bis zu dem Cum-Ex- und dem Wirecard-Skandal, die die Steuerzahler viele Milliarden gekostet haben.

Lesen Sie, worüber Olaf Scholz heute nicht gerne spricht, und was aus gutem Grund von der SPD nicht thematisiert wird:

- Welche Ziele verfolgte die skurrile »Stamokap-Gruppe«, der Scholz angehörte?
- Weshalb war Karl Marx für ihn »unentbehrlich«, und weshalb wollte er den Kapitalismus »beseitigen«?
- Wurde Olaf Scholz etwa von der diktatorischen DDR-Führung instrumentalisiert?

- Warum saß Scholz mit dem mächtigsten Mann der DDR am selben Tisch?

Außerdem:

- Was hat Scholz mit den ominösen Bilderberger zu tun?
- Warum wird er »Teflon-Scholz« genannt?
- Was bedeutet die seltsame Abkürzung »OWD«?
- Warum lässt er die Anhörungsprotokolle zum Cum-Ex-Skandal unter Verschluss halten?
- Weshalb wird ausgerechnet die SPD-Agenda unsere Umwelt zerstören und unseren Wohlstand vernichten?

Scholz wird uns alle ärmer machen!

Michael Grandt deckt in dieser Broschüre auch die andere Seite eines der größten Schuldenmacher der Nachkriegszeit auf, eine Seite, die öffentlich nicht bekannt ist. Als mächtigster Linker steht Scholz stramm hinter seinen Genossen, die auch vor Zwangsvermietungen, Baugeboten und Enteignungen nicht zurückschrecken. Auch die Klimaneutralität will er ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen und agiert dabei ganz im Sinne der radikalen Ökosozialisten. Planwirtschaft, Kontrolle, Regulierung und Bevormundung – das ist die eigentliche Agenda von Scholz. Viel linker geht es nicht!

Nach dem Lesen werden Sie staunen. Jetzt kostenlos und ohne jegliche Verpflichtung bestellen.

Kostenlose Broschüre, 73 Seiten

Hier bestellen:

Die Deutschen Konservativen

Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg

Tel: 040 - 299 44 01 – Fax: 040 - 299 44 60

E-Mail: info@konservative.de

**In diesem packenden Buch lesen Sie, was die »Genossen«
unbedingt verschweigen wollen!**



Ohne SPD wäre Hitler nicht an die Macht gekommen!

Fakten – Belege – Dokumente

Die SPD feiert sich seit über 80 Jahren als angebliches »Bollwerk gegen Rechts« und als einzige Partei, die sich Adolf Hitler in den Weg gestellt hatte. Aber genau das Gegenteil war der Fall! In diesem aufsehenerregenden Buch entlarvt Bestsellerautor Michael Grandt diese Partei- und Mainstreampropaganda als eine der größten politischen Unwahrheiten der deutschen Geschichte.

Der Autor beleuchtet mit neuen Fakten, Dokumenten und Zeugenaussagen, was Ihnen offiziell verschwiegen wird: Die SPD hat die Weimarer Demokratie vorsätzlich aufs Spiel gesetzt und so Hitlers Diktatur erst den Weg bereitet. Die Partei gab sich kampfflos hin und biederte sich den Nationalsozialisten später sogar regelrecht an. Schonungslos zerlegt Grandt den SPD-Mythos als engagierte Kämpfer gegen den Nationalsozialismus und enthüllt viele weitere Tatsachen, die offiziell verschwiegen und vertuscht werden.

Was Grandt zum Vorschein bringt, widerspricht der offiziellen Darstellung fundamental, ist aber mit über 1.000 Quellen (viele von der SPD selbst) für jeden Leser leicht nachvollziehbar.

Michael Grandt will wachrütteln und stellt die Partei-Beweihräucherung schonungslos an den Pranger. Nach dem Lesen dieses Buches werden Sie das Verhalten der SPD zwischen 1918 und 1933 aus einer nie gekannten Sicht beurteilen können! +++ Mit Namensliste: Ehemalige Nationalsozialisten als spätere SPD-Politiker +++

Kein Historiker hat es bisher gewagt, dieses Tabu-Thema anzugehen!
Ein journalistisches Meisterwerk von Dr. h. c. Michael Grandt.

Preis 22,90 Euro

Sachbuch, Gebunden, 342 Seiten

ISBN: 978-3-910087-23-1

Hier bestellen:

Die Deutschen Konservativen

Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg

Tel: 040 – 299 44 01 – Fax: 040 – 299 44 60

E-Mail: info@konservative.de

So schützen Sie sich vor dem Corona-Staatsbankrott



Konservativer Vermögensschutz in schwierigen Zeiten

Corona hat uns nach wie vor fest im Würgegriff. Die wirtschaftlichen Folgen treten mehr und mehr in den Vordergrund, denn die Pandemie hat jetzt schon größeren Schaden angerichtet als die Krise 2008/2009. Und es wird immer schlimmer! Die finanzpolitischen Parameter sprechen für einen mittelfristigen deutschen Staatsbankrott. Was bisher undenkbar war, könnte sich in den nächsten fünf bis zehn Jahren leider bewahrheiten.

Michael Grandt ist kein Theoretiker, sondern war Finanz- und Vermögensberater mit jahrzehntelanger praktischer Erfahrung. Profitieren Sie jetzt von seinem profunden Hintergrundwissen! Der Autor gibt Ihnen in seiner Broschüre unbezahlbare Ratschläge und gleich umsetzbare Tipps, wie Sie Ihr Erspartes schützen können.

Erfahren Sie wie »krisenresistente« Aktien überhaupt definiert werden; ob die eigene Immobilie noch einen Schutz bietet; ob ein Goldverbot kommen wird; warum Papier-Edelmetalle mit Vorsicht zu genießen sind; weshalb vermietete Immobilien jetzt ein Risiko darstellen; welche bisher unbeachteten Sachwertalternativen es gibt, und vieles mehr.

Dr. h.c. Michael Grandt zeigt in zahlreichen Beispielen wie Ihr ganz persönliches »Pandemiemanagement« und Ihr eigenes Krisenportfolio aussehen kann, mit dem Sie sicher durch schwere Zeiten kommen können. Mit 30 Praxistipps und Checkliste! Jetzt kostenlos und ohne jegliche Verpflichtung bestellen.

Kostenlose Broschüre, 82 Seiten

Hier bestellen:

Die Deutschen Konservativen

Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg

Tel: 040 – 299 44 01 – Fax: 040 – 299 44 60

E-Mail: info@konservative.de

Endnoten/Quellen:

- 1 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/friedliche-revolution-und-wiedervereinigung/chronik-der-ereignisse-1989-1990>; <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43771/verhandlungen-mit-den-vier-maechten/#node-content-title-3>
- 2 Interview in: »Inside NATO. Krieg und neue Feinde« (Phoenix, Sendung vom 2. März 2022, 20:15 Uhr).
- 3 Hans-Dieter Heumann: Hans-Dietrich Genscher. Die Biografie. Schöningh, Paderborn 2012, S. 280.
- 4 »Das würde ich sogar beedien«, Frank Elbe, Interview in: DER SPIEGEL 9/22 vom 26. Februar 2022 S. 45.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Inside NATO; hier auch auf youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=o8rarwFKjw8&t=158s>
- 9 Vgl.: »If the United States keeps its presence in Germany within the framework of NATO, not an inch of NATO's present military jurisdiction will spread in an eastern direction« (Record of Conversation between Mikhail Gorbachev and James Baker, February 9, 1990), zitiert bei Svetlana Savranskaya/Tom Blanton: NATO Expansion: What Gorbachev Heard, National Security Archive, 12 December 2017; <https://nsarchive.gwu.edu/sites/default/files/documents/4325680/Document-06-Record-of-conversation-between.pdf>; <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>.
- 10 Vgl.: Mary Elise Sarotte: A Broken Promise? What the West Really Told Moscow About NATO Expansion, in: Foreign Affairs. Volume 93, Number 5, September/Oktober 2014, S. 92.
- 11 »The importance of doing nothing to prejudice Soviet interests and dignity«. Sir Rodric Braithwaite (Moskau): Telegraphic N. 667: »Secretary of State's Meeting with President Gorbachev« (11. April 1990), in: Patrick Salmon/Keith Hamilton/Stephen Twigg (Hrsg.): Documents on British Policy Overseas, Series III, Volume VII: German Unification, 1989-1990 (= Foreign and Commonwealth Office. Documents on British Policy Overseas). Routledge, Oxford/New York 2010, S. 373 ff. (<https://nsarchive.gwu.edu/document/16129-document-15-sir-r-braithwaite-moscow-telegraphic>).
- 12 <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>
- 13 Hannes Adomeit: NATO Osterweiterung: Gab es westliche Garantien? Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 3/2018 der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, S. 5 (https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2018_03.pdf).
- 14 Marc Trachtenberg: The United States and the NATO Non-extension Assurances of 1990: New Light on an Old Problem? In: International Security 45, Heft 3, 2020/21, S. 174–183ff.
- 15 Klaus Wiegrefe: Nato-Osterweiterung: Was hat der Westen 1990 heimlich dem Kreml zugesagt? in: DER SPIEGEL vom 10. Februar 2022.

- ¹⁶ Ebd.; https://www.rbth.com/international/2014/10/16/mikhail_gorbachev_i_am_against_all_walls_40673.html; https://www.nato.int/docu/speech/1990/s900517a_e.htm.
- ¹⁷ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/internationales-recht/-/240218>
- ¹⁸ <https://www.dekoder.org/de/gnose/nato-osterweiterung-debatte-versprechen>; mehr zu diesem Komplex in: Hannes Adomeit: NATO-Osterweiterung: Gab es westliche Garantien?, Berlin: Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Arbeitspapier Sicherheitspolitik Nr. 3 (2018); Mark Kramer: The Myth of a No-NATO-Enlargement Pledge to Russia, in: *The Washington Quarterly* 32, 2 (2009), S. 39ff.; Sergey Radchenko: Nothing but Humiliation for Russia: Moscow and NATO's Eastern Enlargement, 1993-1995, in: *Journal of Strategic Studies* 43, 6-7 (2020), S. 769ff.; Mary Elise Sarotte: Perpetuating U.S. Preeminence: The 1990 Deals to Bribe the Soviets Out and Move NATO, in: *International Security* 35, 1 (2010), S. 110ff.; Kristina Spohr: Precedent-setting or Precluded? The "NATO Enlargement Question in the Triangular Bonn-Washington-Moscow Diplomacy of 1990-1991, in: *Journal of Cold War Studies* 14, 4 (2012), S. 4ff.; Marc Trachtenberg: The United States and the NATO Non-extension Assurances of 1990: New Light on an Old Problem? in: *International Security* 45, 3 (2020), S. 162ff.
- ¹⁹ Wiegrefe, NATO-Osterweiterung.
- ²⁰ Christian Nünlist: Krieg der Narrative – Das Jahr 1990 und die NATO-Osterweiterung. In: *Sirius. Zeitschrift für Strategische Analysen* 2, Heft 4 (2018), S. 389 (<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2018-4007/html>).
- ²¹ James Goldgeier: Promises Made, Promises Broken? What Yeltsin Was Told about NATO in 1993 and Why It Matters, *War on the Rocks*, 2016 (<https://warontherocks.com/>); ebenso: Nünlist, Krieg der Narrative.
- ²² Text der Grundakte auf: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de
- ²³ Wiegrefe, NATO-Osterweiterung; ebenso: DER SPIEGEL 11/2022, S. 31.
- ²⁴ »Das würde ich sogar beenden«, Frank Elbe, Interview in: DER SPIEGEL 9/22 vom 26. Februar 2022 S. 45.
- ²⁵ <https://www.dekoder.org/de/gnose/nato-osterweiterung-debatte-versprechen>
- ²⁶ Inside NATO.
- ²⁷ Ebd.
- ²⁸ Vgl.: Christian Nünlist: Krieg der Narrative – Das Jahr 1990 und die NATO-Osterweiterung. In: *Sirius. Zeitschrift für Strategische Analysen* 2, Heft 4 (2018), S. 389 (<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2018-4007/html>).
- ²⁹ <https://www.dekoder.org/de/gnose/nato-osterweiterung-debatte-versprechen>
- ³⁰ Inside NATO
- ³¹ <https://www.welt.de/politik/article2812583/Ukraine-und-Georgien-duerfen-vorerst-nicht-in-Nato.html>
- ³² Das meint auch der US-Politikwissenschaftler Marc Trachtenberg: The United States and the NATO Non-extension Assurances of 1990: New Light on an Old Problem? In: *International Security* 45, Heft 3, 2020/21, S. 184ff.
- ³³ Nünlist, Krieg der Narrative.
- ³⁴ <https://www.nytimes.com/2005/03/18/politics/george-f-kennan-dies-at-101-leading-strategist-of-cold-war.html>
- ³⁵ Ebd.

- ³⁶ <https://www.atomwaffena-z.info/glossar/u/u-texte/artikel/1530facf5d0eb446e7ab02c2787ac3c4/ukraine.html>
- ³⁷ Offizieller Titel: Memorandum on Security Assurances in Connection with Ukraine's Accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (<https://web.archive.org/web/20140306031918/http://unterm.un.org/DGAACS/unterm.nsf/8fa942046ff7601c85256983007ca4d8/4fe5ea3e98fbff4e852569fa00008aae?OpenDocument>).
- ³⁸ Memorandum on security assurances in connection with Ukraine's accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Registration Number 52241; https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_1994_1399.pdf
- ³⁹ UNTERM Memorandum on Security Assurances in Connection with Ukraine's Accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons.
- ⁴⁰ Memorandum on security assurances in connection with Ukraine's accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Registration Number 52241; https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_1994_1399.pdf
- ⁴¹ <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2014/03/01/readout-president-obama-s-call-president-putin>; https://www.washingtonpost.com/opinions/condemnation-isnt-enough-for-russian-actions-in-crimea/2014/02/28/7b93b7c0-a09d-11e3-9ba6-800d1192d08b_story.html;
- ⁴² <https://web.archive.org/web/20151008214635/http://kremlin.ru/events/president/transcripts/24194>
- ⁴³ <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=4024571&url=L21ZIGlhGhla292ZXJsYXk=&mod=mediathek>
- ⁴⁴ Vgl. Redeausschnitt in: »Inside NATO. Krieg und neue Feinde« (Phoenix, Sendung vom 2. März 2022, 20:15 Uhr).
- ⁴⁵ Interview in: »Inside NATO. Krieg und neue Feinde« (Phoenix, Sendung vom 2. März 2022, 20:15 Uhr), künftig zitiert als Phoenix.
- ⁴⁶ <https://web.archive.org/web/20140228050718/http://www.cvk.gov.ua/pls/vp2004/wp300?PT001F01=500>
- ⁴⁷ https://web.archive.org/web/20041112023007/http://www.interfax.ru/e/B/0/28.html?id_issue=10715524
- ⁴⁸ https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-6-2004-0046_DE.html?redirect
- ⁴⁹ Vgl. zu dem ganzen Kapitel auch: <https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2005-03-01/ukraines-orange-revolution>
- ⁵⁰ <https://www.theguardian.com/world/2004/nov/26/ukraine.usa>
- ⁵¹ Ebd., sowie: <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/43103188>
- ⁵² U.S. Spent \$65M To Aid Ukrainian Groups, in: foxnews.com vom 10. Dezember 2004; <https://www.theguardian.com/world/2004/nov/26/ukraine.usa>
- ⁵³ Amerikas unsichtbare Hände. In: Die Zeit Nr. 50, 2. Dezember 2004, S. 4
- ⁵⁴ Vgl.: <https://www.bpb.de/medien/30645/DK0NPH.pdf>
- ⁵⁵ Vgl.: Inside NATO.
- ⁵⁶ Vgl.: Inside NATO.

- 57 Vgl.: Ladka Bauerova/Kateryna Choursina: Shell to Drill First Wells in \$10 Billion Ukrainian Project, in: Bloomberg vom 8. November 2013; Christopher Helman: What Ukraine needs is an American-Style Shale Gas Revolution, in: Forbes vom 3. März 2014; Karolin Shaps/Dmitry Zhdannikow: Shell cut spending U.S. to lower shale exposure, in: Reuters vom 13. März 2014.
- 58 Vgl.: Engdahl, S. 187ff.
- 59 Vgl.: <https://www.reuters.com/article/us-hunter-biden-ukraine-idUSKBN1WX1P7>; <https://web.archive.org/web/20140708024018/http://burisma.com/hunter-biden-joins-the-team-of-burisma-holdings/>
- 60 Vgl.: Engdahl, S. 188ff.
- 61 Ukraine tells Russia to 'accept reality' of new trade deal with EU, in: Euronews vom 25. August 2013.
- 62 Zitiert in David Kashi: Shale Gas Development by the US in the Ukraine can help Promote Energy Security, in: International Business Times vom 18. September 2013.
- 63 Vgl.: F. William Engdahl: Der Krieg in der Ukraine, Rottenburg 2014, S. 15.
- 64 Ebd., S. 17f.
- 65 Ebd., S. 17f.
- 66 Jens Psaki: Violence Against Ukrainian Demonstrators, in: U.S. Department of State vom 30. November 2013.
- 67 Engdahl, S. 23.
- 68 Ebd.
- 69 Vgl. <https://www.imf.org/en/News/Articles/2015/09/14/01/49/pr13419>; <https://www.presseportal.ch/de/pm/100020594/100746408>, sowie: Engdahl, S. 48.
- 70 Engdahl, S. 193.
- 71 <https://www.imf.org/en/About/executive-board/members-quotas>
- 72 <https://www.reuters.com/article/2014/01/24/us-ukraine-sector-idINBREA0N0XD20140124?edition-redirect=in>
- 73 Vgl.: Far-Right Ukrainian Opposition Group Vows 'Guerilla War', in: Radio Free Europe Radio Liberty vom 22. Januar 2014; Jens Psaki: Violence Against Ukrainian Demonstrators, in: U.S. Department of State vom 30. November 2013; <https://www.welt.de/politik/ausland/article125084070/Die-Menschen-auf-dem-Maidan-wollen-mehr.html>.
- 74 Vgl.: Far-right group at heart of Ukraine protests meet US senator, in: Channel 4 News vom 16. Dezember 2013 (Fotos von dem Treffen auf: <https://www.channel4.com/news/ukraine-mccain-far-right-svoboda-anti-semitic-protests>).
- 75 <https://www.ibtimes.com/svoboda-rising-spectre-neo-nazism-ukraine-974110>; <https://web.archive.org/web/20131221013625/http://www.wiesenthal.com/site/apps/nlnet/content2.aspx?c=IsKWLbPJLnF&b=7929811&ct=12697485>
- 76 Vgl.: Deutscher Bundestag Drucksache 17/14603 (17. Wahlperiode 22. 08. 2013): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidrun Dittrich, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Kontakte deutscher Rechtsextremisten nach Osteuropa und Beteiligung an dortigen nationalistischen Aufmärschen, S. 7 (<https://dserver.bundestag.de/btd/17/146/1714603.pdf>).
- 77 Ebd.
- 78 https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=f0a30cf1-7044-3d90-715b-dce6f65fd91b&groupId=252038, S. 53.

- ⁷⁹ <https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine-erster-erfolg-fuer-die-opposition-12690638.html>; https://rp-online.de/politik/ausland/kiew-vitali-klitschko-ruft-demonstranten-zum-durchhalten-auf_aid-14479009
- ⁸⁰ Vgl.: <https://www.jpost.com/Jewish-World/Jewish-News/Jewish-groups-deeply-concerned-over-Ukraine-341928>; <https://www.theguardian.com/commentis-free/2014/jan/29/ukraine-fascists-oligarchs-eu-nato-expansion>
- ⁸¹ Vgl.: <https://www.israelnationalnews.com/news/161764>.
- ⁸² <https://www.mdr.de/brisant/vitali-wladimir-natalia-klitschko-100.html>
- ⁸³ <https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/faktencheck-ist-das-viel-geteilte-video-mit-praesident-selenskyj-authentisch/>
- ⁸⁴ Oksana Sawtschuk: Sie ist ein führendes Mitglied von Swoboda, die offen den Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera und die ukrainische Waffen-SS-Division Galizien verherrlicht (<https://www.wsws.org/de/articles/2022/02/23/ukra-f23.html>).
- ⁸⁵ <https://www.openworld.gov/press-releases/open-world-alumni-elected-ukrainian-parliament>
- ⁸⁶ Ukraine crisis: Transcript of leaked Nuland-Pyatt call, in: BBC News, 7. Februar 2014 (Transkription des Telefongesprächs: <https://www.bbc.com/news/world-europe-26079957>)
- ⁸⁷ <https://web.archive.org/web/20140301012726/http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424052702304181204579367261451555636>
- ⁸⁸ Ukraine crisis: Transcript of leaked Nuland-Pyatt call, in: BBC News, 7. Februar 2014 (Transkription des Telefongesprächs: <https://www.bbc.com/news/world-europe-26079957>)
- ⁸⁹ Über die Ereignisse, die zur Anklage gegen Julija Tymoschenkos führte, könnte man ein eigenes Buch schreiben. Mehr dazu in: Dmitri Popov/Ilia Milstein: Julia Timoschenko. Die Zukunft der Ukraine nach der Orangen Revolution, Köln 2006; Dmitri Popov/Ilia Milstein: Julia Timoschenko. Die autorisierte Biografie, München 2012; Frank Schumann: Die Gauklerin: Der Fall Timoschenko, 2012.
- ⁹⁰ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-janukowitsch-verkuendet-neuwahlen-a-954836.html>
- ⁹¹ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/abkommen-in-der-ukraine-zum-frieden-gezwungen-a-954956.html>
- ⁹² Vgl.: Jessica Best: Ukraine protests: Snipers ‚firing live around at demonstrators‘ as fresh violence erupts despite truce, in: Mirror vom 20. Februar 2014 (<https://www.mirror.co.uk/news/world-news/ukraine-protests-snipers-firing-live-3164828>).
- ⁹³ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/krise-in-der-ukraine-telefonat-mit-ashton-abgehört-a-957159.html>
- ⁹⁴ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-faktencheck-putin-und-der-legitime-praesident-a-957238.html>
- ⁹⁵ <https://www.nytimes.com/2015/01/04/world/europe/ukraine-leader-was-defeated-even-before-he-was-ousted.html>
- ⁹⁶ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/klitschko-will-janukowitsch-durch-rada-absetzen-lassen-a-955023.html>
- ⁹⁷ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-faktencheck-putin-und-der-legitime-praesident-a-957238.html>
- ⁹⁸ Bezogen auf die Rada-Resolution Nummer 764-VII vom 23. Februar 2014 und die Artikel 108-112 der Verfassung der Ukraine (vgl.: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>; ebenso: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-faktencheck-putin-und-der-legitime-praesident-a-957238.html>).

- ⁹⁹ Vgl.: Engdahl, S. 46ff.
- ¹⁰⁰ Vgl.: Aleksandar Vasovic: Far-right group flexes during Ukraine revolution, in: The Seattle Times vom 3. Januar 2005.
- ¹⁰¹ <https://www.channel4.com/news/ukraine-mccain-far-right-svoboda-anti-semitic-protests>
- ¹⁰² Vgl.: Far-right group at heart of Ukraine protests meet US senator, in: Channel 4 News vom 16. Dezember 2013 (<https://www.channel4.com/news/ukraine-mccain-far-right-svoboda-anti-semitic-protests>); sowie: Engdahl, S. 48.
- ¹⁰³ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/krise-in-der-ukraine-telefonat-mit-ashton-abgehört-a-957159.html>; sowie: Engdahl, S. 53f.
- ¹⁰⁴ Vgl.: Heikles Telefonat zwischen Ashton und estnischem Minister veröffentlicht, auf: DER SPIEGEL online vom 5. März 2014 (<https://www.spiegel.de/politik/ausland/krise-in-der-ukraine-telefonat-mit-ashton-abgehört-a-957159.html>).
- ¹⁰⁵ <https://www.youtube.com/watch?v=ZEgJ0oo3OA8>
- ¹⁰⁶ Ebd.
- ¹⁰⁷ Ebd.
- ¹⁰⁸ Ebd.
- ¹⁰⁹ https://www.ukrinform.de/rubric-politics/1705874-jatzenjuk_an_die_spitze_der_partei_volksfront_gestellt_12657.html
- ¹¹⁰ Vgl.: <https://www.saechsische.de/einer-gewinnt-2783659.html>
- ¹¹¹ Vgl.: Jessica Elgot: Ukraine's New Leaders: From Neo-Nazis to a Muslim, a Jew and a Heavyweight Boxer, in: The Huffington Post vom 3. März 2014.
- ¹¹² Dritter Vize-Ministerpräsident: Olexander Sytsch; Minister für Ökologie und natürliche Ressourcen: Andrij Mochnyk; Minister für Agrarpolitik und Lebensmittel:
- ¹¹³ <https://web.archive.org/web/20140307143407/http://www.welt.de/vermischtes/article125525641/Egon-Bahr-stimmt-einmal-Russlands-Botschafter-zu.html>
- ¹¹⁴ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-krise-helmut-schmidt-von-ex-eu-kommissar-verheugen-kritisiert-a-970150.html>
- ¹¹⁵ Vgl. The-Oakland-Institute: Walking on the West Side: The World Bank and the IMF in the Ukraine Conflict, o.O., 2014.; sowie Engdahl, S. 194ff.
- ¹¹⁶ Ebd.
- ¹¹⁷ Eine US-Söldner-Firma, die auch im Irak tätig war und die heute Academi heißt (<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/amerika/soeldnerfirma-blackwater-eine-ansammlung-zweifelhafter-charaktere-13226392.html>).
- ¹¹⁸ Vgl.: Ukrainian leadership to hire US mercenaries to suppress eastern regions, in: The Voice of Russia vom 25. März 2014, bestätigt durch eine US-Quelle: <https://abcnews.go.com/Blotter/greystone-firm-accused-disguising-mercenaries-ukrainians/story?id=23243761>.
- ¹¹⁹ https://www.academia.edu/6327298/Interview_with_Reuters_re_Svoboda_the_OUN-B_and_other_Far_Right_Organizations_in_Ukraine_March_4_2014_FullText
- ¹²⁰ Vgl. dazu auch Augenzeugenberichte, die mir persönlich bekannt sind.
- ¹²¹ Vgl.: Engdahl, S. 98f.
- ¹²² Ukraine's far-right leader moves HQ to the east, forms new squadrons, in: rt Question more vom 24. April 2014.
- ¹²³ Ebd.
- ¹²⁴ https://www.focus.de/politik/ausland/das-bataillon-asow-schmutziger-kampf-in-der-ukraine-neonazis-im-dienst-der-regierung_id_4058717.html.

- 125 Vgl.: https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/OHCHRThematicReportUkraineJan2014-May2016_EN.pdf; https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/Ukraine_14th_HRMMU_Report.pdf; https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/Ukraine_13th_HRMMU_Report_3March2016.pdf
- 126 <https://orf.at/stories/3249151/>
- 127 <https://www.spiegel.de/ausland/asow-regiment-wagner-soeldner-radikale-die-neo-nazis-die-um-die-ukraine-kaempfen-a-662b9c42-d874-4a49-844d-b80c4f96e474>
- 128 https://www.facebook.com/story.php?story_fbid=4936458866430958&id=100002006813356
- 129 https://www.facebook.com/story.php?story_fbid=4936458866430958&id=100002006813356
- 130 <https://www.facebook.com/dyastrub/posts/4919794521430726>
- 131 <https://www.vice.com/en/article/3ab7dw/azov-battalion-ukraine-far-right>
- 132 <https://unherd.com/2022/03/the-truth-about-ukraines-nazi-militias/>; Roussinos belegt seine Darstellung wiederum mit Dutzenden von verschiedenen Quellen.
- 133 Ebd.
- 134 Ebd.
- 135 <https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/HRMMUReport15June2014.pdf>
- 136 Ebd.
- 137 Siehe Videos (Beispiele): <https://www.youtube.com/watch?v=F62m6h4aXDM>; <https://www.youtube.com/watch?v=A4tnQUP76Kw>
- 138 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-europarat-kritisiert-ermittlungen-zu-strassenschlachten-a-1060987.html>; <https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=090000168048610f>
- 139 <https://web.archive.org/web/20180819011106/http://www.zeit.de/news/2015-11/04/europarat-europarat-kritisiert-parteiische-ermittlungen-zu-gewalt-in-odessa-04092203>
- 140 <https://www.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/ukraine-prosecutors-to-involve-european-experts-in-investigation-into-may-2-2014-odessa-events-423502.html>
- 141 https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/OHCHRThematicReportUkraineJan2014-May2016_EN.pdf
- 142 file:///C:/Users/GrandtM/Downloads/ReportUkraineNov2017-Feb2018_EN.pdf
- 143 <https://www.ito.de/recht/hintergruende/h/2014-odessa-42-tote-buergerkreis-brand-ukraine-russland-un-europarat-ermittlungen-emrk/>
- 144 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-europarat-kritisiert-ermittlungen-zu-strassenschlachten-a-1060987.html>; <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-tote-bei-feuer-in-odessa-nach-brandstiftung-a-967340.html>
- 145 <https://odessa-journal.com/the-richest-of-ukraine-by-forbes-ukraine/>
- 146 Inside NATO.
- 147 Ebd.
- 148 Ebd.
- 149 Ebd.
- 150 <https://www.dekoder.org/de/gnose/nato-osterweiterung-debatte-versprechen>
- 151 <https://www.sueddeutsche.de/politik/referendum-auf-der-krim-glaeserne-abstimmung-1.1913369>
- 152 https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article131986171/Das-Minsker-OSZE-Protokoll-fuer-eine-Feuerpause.html

- 153 https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article131986171/Das-Minsker-OSZE-Protokoll-fuer-eine-Feuerpause.html; <https://www.osce.org/files/f/documents/a/a/123258.pdf>
- 154 https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-09/ukraine-donezk-gefechte?utm_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F
- 155 <https://www.bpb.de/201881/dokumentation-das-minsker-abkommen-vom-12-februar-2015/>
- 156 Vgl.: <https://www.tagesspiegel.de/politik/abkommen-minsk-ii-13-punkte-fuer-den-frieden/11366782.html>
- 157 Vgl.: Alexander Hug: Der Krieg hat nie aufgehört, in: Tages-Anzeiger, 21. Februar 2022, S. 6
- 158 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-konflikt-usa-werfen-russland-militaerpraesenz-aufstockung-vor-a-1018473.html>
- 159 <https://www.un.org/press/en/2015/sc11785.doc.htm>
- 160 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-04/ukraine-wahl-demokratie-selenskyj-poroschenko>; <https://www.cvk.gov.ua/pls/vp2019/wp300pt001f01=720.html>
- 161 <https://www.n-tv.de/politik/Unterzeichnet-mit-vorgehaltener-Waffe-article23143867.html>
- 162 <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-wladimir-putin-erkennt-unabhaengigkeit-der-volksrepubliken-donezk-und-luhansk-an-a-d06e5aa2-afe1-4689-9dae-1df0e0fd9dc3>; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-separatisten-gebiete-103.html>
- 163 <https://news.yahoo.com/cia-trained-ukrainian-paramilitaries-may-take-central-role-if-russia-invades-185258008.html>
- 164 Zach Dorfman: Exclusive: Secret CIA training program in Ukraine helped Kyiv prepare for Russian invasion (<https://news.yahoo.com/exclusive-secret-cia-training-program-in-ukraine-helped-kyiv-prepare-for-russian-invasion-090052743.html>); ebenso: <https://www.watson.ch/international/ukraine/688256010-wie-die-cia-die-ukrainische-armee-auf-den-krieg-vorbereitet-hat>
- 165 Ebd.
- 166 Ebd.
- 167 Ebd.
- 168 Vgl.: Chronik eines angekündigten Krieges, in: DER SPIEGEL 9/22, S. 8ff.
- 169 Ebd.
- 170 Vgl.: Wladimir Putin: Rede an die Nation am 21. Februar 2022 (u.a.: WELT live).
- 171 Ebd.
- 172 Vgl.: Chronik eines angekündigten Krieges, in: DER SPIEGEL 9/22, S. 8ff.
- 173 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/putin-rede-angriff-ukraine-101.html>
- 174 Schaubild in: DER SPIEGEL 11/2022, S. 19.
- 175 <https://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-5442528,00.html>
- 176 <https://www.mediengewalt.de/wolodymyr-selenskyj-vermoegen/>
- 177 <https://www.nzz.ch/gesellschaft/putin-selenski-ld.1672931>
- 178 <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/pandora-papers-geheimgeschaeft-von-politikern-enttarnt-e500259/>; <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/pandora-papers-ukraine-selenski-oligarch-kolomoiskij-briefkastenfirmen-1.5429056?reduced=true>
- 179 <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/342240/dokumentation-offshore-geschaeft-selenskyj-und-kolomojskyj-in-den-pandora-papers/>

- 180 <https://www.derbund.ch/ausland/europa/der-volksnahe-millionaer-und-komiker/story/19917089>
- 181 <https://www.nzz.ch/gesellschaft/putin-selenski-ld.1672931>
- 182 <https://www.derbund.ch/ausland/europa/der-volksnahe-millionaer-und-komiker/story/19917089>
- 183 <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-oligarchen-praesident-1.4314803>
- 184 <https://www.cvk.gov.ua/pls/vp2019/wp300pt001f01=720.html>; <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-neuer-praesident-wolodymyr-selenskyj-kuendigt-aufloesung-des-parlaments-an-a-1268258.html>
- 185 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-was-selenskyjs-sieg-ueber-antimitismus-in-der-ukraine-aussagt-a-1264691.html>
- 186 <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/rosch-haschana-feier-abgesagt/>
- 187 <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-warum-spricht-selenskyj-von-einem-putsch-in-kiew-a-0b3a333c-280e-4648-a31f-f74a76fab51e>
- 188 <https://www.sueddeutsche.de/meinung/ukraine-korrupt-wie-eh-und-je-1.5217924>
- 189 Ebd.
- 190 Ebd.
- 191 https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article129274091/Kiew-meldet-die-bislang-schwersten-Gefechte-mit-Separatisten.html
- 192 <https://web.archive.org/web/20140714183833/http://www.themoscowtimes.com/news/article/moscow-court-sanctions-arrest-of-ukraine-tycoon-governor-kolomoisky/502854.html>
- 193 Vgl.: Matthias Benz: Verstaatlichung der einflussreichen Privat Bank: Kiews große Säuberungsaktion, in: Neue Zürcher Zeitung vom 19. Dezember 2016; sowie: <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/banken/privatbank-ukraine-verstaatlicht-groesste-bank-des-landes-a-1126488.html>
- 194 <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Warum-Ukrainer-einen-Komiker-waehlen-wollen-article20937012.html>
- 195 <https://www.ukrinform.de/rubric-crime/2676382-fbi-ermittelt-gegen-oligarchen-ihor-kolomojskyj.html>
- 196 <https://www.spiegel.de/ausland/usa-verhaengen-sanktionen-gegen-ukrainischen-oligarchen-igor-kolomoiski-a-58dfdf5-96ae-4d9d-ab38-75265f0e338c>
- 197 <https://www.nzz.ch/gesellschaft/putin-selenski-ld.1672931>
- 198 Z. B.: Susan Stewart: Regionen und Oligarchen: Einflüsse auf die ukrainische Außenpolitik (SWP-Studie Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2011_S23_stw_ks.pdf)).
- 199 Vgl. Selenskyjs Aussagen in verschiedenen Medien ab dem 24. Februar 2022.
- 200 <https://www.dw.com/de/ukraine-strebt-weiter-nach-westen/a-47419911>
- 201 <https://www.welt.de/politik/video197226333/Wahlsieg-von-Selenski-Er-will-in-die-Nato-er-will-in-die-EU.html>
- 202 <https://www.sueddeutsche.de/politik/russland-putin-raketen-nato-1.5494140>
- 203 <https://orf.at/stories/3243808/>
- 204 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ukraine-neues-sprachgesetz-soll-das-russische-zurueckdraengen-17736397.html>
- 205 <https://www.derstandard.de/story/2000102038947/ukrainische-parlament-beschliesst-gesetz-gegen-russische-sprache>
- 206 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ukraine-neues-sprachgesetz-soll-das-russische-zurueckdraengen-17736397.html>

207 Ebd.

208 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ukraine-neues-sprachgesetz-soll-das-russische-zurueckdraengen-17736397.html>

209 <https://orf.at/stories/3243808/>

210 <https://www.derstandard.de/story/2000102038947/ukrainische-parlament-beschliesst-gesetz-gegen-russische-sprache>

211 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ukraine-neues-sprachgesetz-soll-das-russische-zurueckdraengen-17736397.html>

212 <https://www.dw.com/en/ukraine-zelenskiy-bans-three-opposition-tv-stations/a-56438505>

213 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-02/ukraine-russland-konflikt-wolodymyr-selenskiy-sicherheitskonferenz>

214 Ebd.

215 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/rede-vor-eu-parlament-wir-wollen-unsere-kinder-leben-sehen-selenski-fordert-in-emotionalem-appell-eu-mitgliedschaft/28118108.html>

216 Ebd.

217 Ebd.

218 Ebd.

219 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-gipfel-ukraine-101.html>

220 Ebd.

221 Videoansprache des ukrainischen Präsidenten Selenskyj am 3. März 2022 (übertragen u.a. von WELT live).

222 Pressekonferenz des ukrainischen Präsidenten Selenskyj am 3. März 2022 (übertragen u.a. von WELT live).

223 <https://www.20min.ch/story/ich-will-nicht-der-praesident-sein-der-auf-knien-um-einen-nato-beitritt-bettelt-573546889528>

224 Vgl. dazu verschiedene Statements und Interviews Selenskyjs in den Tagen zwischen 3. und 8. März 2022.

225 <https://www.merkur.de/politik/ukraine-krieg-nacht-auf-samstag-russland-putin-selenskiy-nato-ueberblick-kiew-charkiw-sender-verhandlung-91390340.html>

226 <https://www.srf.ch/news/international/krieg-in-der-ukraine-selenski-fordert-vor-us-kongress-flugverbotszone-fuer-ukraine>; ebenso: ntv-live vom 16. März 2020.

227 <https://taz.de/Forderungen-nach-einer-Flugverbotszone/15834090/>

228 <https://www.derstandard.de/story/2000131791733/russland-warnt-usa-ukraine-konflikt-kann-wie-kuba-krise-werden>

229 Ebd.

230 Selenskiy, Videoansprache im Deutschen Bundestag (u.a. Phoenix live).

231 Ebd.

232 <https://www.tagesanzeiger.ch/die-welt-macht-ihn-zum-helden-und-laesst-ihn-im-stich-759334351182>

233 Vgl.: Der Undiplomat, in: DER SPIEGEL 10/22, S. 84ff.

234 Ebd., S. 88

235 Ebd.

236 Vgl.: Hannes Heer: Blutige Ouvertüre, in: Die Zeit Nr. 26, 2001 (https://www.zeit.de/2001/26/200126_a-lemberg.xml); sowie: Kai Struve: Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt. Der Sommer 1941 in der Westukraine, Berlin 2015, S. 259–265, 353, 431; R. W. Tschastij: Stepan Bandera – mify, legendy, dejstwitelnost. Charkiw 2007, S. 382.

- 237 Der Undiplomat, S. 86.
- 238 Ebd.
- 239 <https://www.deutschlandfunk.de/ukrainischer-botschafter-stellt-forderung-an-deutschland-100.html>
- 240 Der Undiplomat, S. 86
- 241 <https://www.morgenpost.de/berlin/article/234777205/Ukrainischer-Botschafter-Melnyk-Putin-du-bist-ein-Moerder.html>
- 242 Ebd.
- 243 Ebd.
- 244 In: Der Undiplomat, S. 86.
- 245 <https://www.reuters.com/article/idUSL8N1QT0J7>
- 246 <https://www.sueddeutsche.de/medien/joerg-schoenenborns-interview-mit-wladimir-putin-wie-heissen-sie-uebrigens-1.1642250>
- 247 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/wladimir-putin-laesst-sich-von-ehefrau-ljudmila-scheiden-a-962271.html>
- 248 <https://www.bbc.co.uk/news/world-europe-22806866>
- 249 https://russia.rin.ru/guides_e/2637.html
- 250 <https://www.washingtonpost.com/news/morning-mix/wp/2017/07/18/is-vladimir-putin-a-judo-fraud/>; sowie: Masha Gessen: Der Mann ohne Gesicht, München 2012, S. 68.
- 251 Vgl.: Richard Sakwa: Putin: Russia's Choice, Milton Park 2008, S. 23.
- 252 <https://www.tagesspiegel.de/politik/der-wunsch kandidat-jelzins-wurde-von-der-duma-mit-knapper-mehrheit-abgesegnet/86880.html>
- 253 <https://www.nzz.ch/gesellschaft/putin-selenski-id.1672931>
- 254 https://www.gks.ru/bgd/regl/b15_11/lssWWW.exe/Stg/d01/02-04.htm; <https://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2019/08/21/809260-transformatsiya-eliti>; <https://russlandverstehen.eu/nevzlin-20-jahre-putin-die-verwandlung-russlands-in-einen-mafiastaat/>
- 255 <https://russlandverstehen.eu/nevzlin-20-jahre-putin-die-verwandlung-russlands-in-einen-mafiastaat/>
- 256 <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/was-ist-ein-oligarch-in-russland-bedeutung-erklaert-update-10-3-22-id61924546.html>
- 257 Ebd.
- 258 Leonid Newslin: 20 Jahre Putin: Die Verwandlung Russlands in einen Mafiastaat (<https://russlandverstehen.eu/nevzlin-20-jahre-putin-die-verwandlung-russlands-in-einen-mafiastaat/>)
- 259 Vgl. zahlreiche Gespräche, die ich geführt habe (Gesprächsnotizen Archiv Grandt).
- 260 <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>
- 261 Ebd.
- 262 <https://www.dekoder.org/de/gnose/nato-osterweiterung-debatte-versprechen>
- 263 Ebd.
- 264 Ebd.
- 265 Vgl. Schaubild: <https://www.handelsblatt.com/politik/ukraine-konflikt-diese-laender-haben-2022-die-groessten-und-teuersten-armeen-der-welt-/27058176.html>
- 266 Vgl.: Wladimir Putin: Rede an die Nation vom 24. Februar 2022, auch zitiert in: DER SPIEGEL 9/22, S. 10.
- 267 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/putin-rede-angriff-ukraine-101.html>

268 Vgl.: Wladimir Putin: Rede an die Nation vom 24. Februar 2022, auch zitiert in: DER SPIEGEL 9/22, S. 10.

269 Chronik eines angekündigten Kriegs, in: DER SPIEGEL 9/22, S. 8ff.

270 Putins TV-Ansprache am 3. März 2022 (u.a. Phoenix live).

271 Lawrow, Pressekonferenz am 3. März 2022 (u.a. Phoenix live).

272 Siehe Foto: <https://orf.at/stories/3249151/>

273 Lawrow, Pressekonferenz am 3. März 2022 (u.a. Phoenix live).

274 Ebd.

275 <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/putin-bleibt-knallhart-ukraine-operation-bis-zum-ende-79475548.bild.html>

276 Ebd.

277 Lawrow, Pressekonferenz am 3. März 2022 (u.a. Phoenix live).

278 Auch gegenüber einer CNN-Journalistin im sogenannten »Town Hall-Meeting« am Rande der Sicherheitskonferenz.

279 »Talk im Hangar-7« mit dem Thema: »Krieg in der Ukraine: Eskaliert die Situation?«, Ausstrahlung am 3. März 2022 (Servus-TV).

280 Vgl.: Inside NATO.

281 <https://www.armscontrol.org/factsheets/Nuclearweaponswhohaswhat>

282 Lawrow, Pressekonferenz am 3. März 2022 (u.a. Phoenix live).

283 <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/russland-raketen-venezuela-kuba-101.html>; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-ukraine-diplomatie-101.html>

284 <https://de.euronews.com/2022/03/18/wollen-die-russen-den-ukraine-krieg-wirklich-das-sagen-die-umfragen>

285 Vgl. Schaubilder in: DER SPIEGEL 10/22, S. 26f.

286 Wie das US-Wirtschaftsblatt Forbes im März 2022 diagnostizierte.

287 <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/mehr-als-100-milliarden-euro-bundeswehr-sicherheit-5362112>

288 Vgl.: Reise zum Mars, in: DER SPIEGEL 10/22, S. 54ff.

289 Ebd.

290 Schaubild, in: DER SPIEGEL 9/22, S. 19.

291 Zitiert in: Brunsbüttel statt Moskau, in: DER SPIEGEL 10/22, S. 38.

292 <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/nordstream-1-gas-stopp-russland-ukraine-krieg-100.html>

293 Reise zum Mars, in: DER SPIEGEL 10/22, S. 54ff.

294 <https://www.bild.de/geld/wirtschaft/wirtschaft/robert-habeck-auf-fluessiggas-einkaufstour-der-bittsteller-von-katar-79515682.bild.html>

295 Ebd.

296 Brunsbüttel statt Moskau, in: DER SPIEGEL 10/22, S. 40.

297 (Stand: 2020); siehe Schaubild in: DER SPIEGEL 10/22, S. 39.

298 VAE = Vereinigte Arabische Emirate.

299 Stand: 2020; siehe Schaubild in: DER SPIEGEL 10/22, S. 39.

300 Stand: 2020; siehe Schaubild in: DER SPIEGEL 11/22, S. 35.

301 Siehe Schaubild in: DER SPIEGEL 11/22, S. 75.

302 Brunsbüttel statt Moskau, in: DER SPIEGEL 10/22, S. 38ff.

- 303 Ebd.
- 304 Ebd., S. 40.
- 305 Interview in: DER SPIEGEL 9/22, S. 63.
- 306 Vgl.: Schaubild in: DER SPIEGEL 10/22, S. 38.
- 307 Vgl.: Wochenblick 22/22, S. 16f.
- 308 <https://www.welt.de/wirtschaft/article237533545/Leere-Regale-Preis-Explosion-Deutschland-steuert-in-den-Fleisch-Engpass.html>
- 309 Ebd.
- 310 Mitteilungen an mich (E-Mails/Archiv Grandt).
- 311 <https://www.welt.de/wirtschaft/article237533545/Leere-Regale-Preis-Explosion-Deutschland-steuert-in-den-Fleisch-Engpass.html>
- 312 <https://www.bild.de/news/2022/news/ukraine-krieg-im-live-ticker-die-aktuelle-lage-im-ueberblick-79328978.bild.html#6231681329e37c79421fbacc>
- 313 Vgl.: Inside NATO
- 314 Ebd.
- 315 Interview in: »Inside NATO. Krieg und neue Feinde« (Phoenix, Sendung vom 2. März 2022, 20:15 Uhr), künftig zitiert als Phoenix.
- 316 Ebd.
- 317 Abgesehen vom Jugoslawienkrieg in den 1990er-Jahren.

»Krieg kann man niemals rechtfertigen, aber man kann ihn erklären«

Mit dem Beginn der russischen Militärintervention in der Ukraine erlebte unser Kontinent den schwärzesten Tag seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Während Putin von einem Präventivschlag spricht, ist für die westliche Welt klar, Russlands Überfall ist ein Angriffskrieg. Aber wer hat Recht? Wer lügt? Oder liegt die Wahrheit – wie so oft – in der Mitte? Höchste Zeit diesen Konflikt unaufgeregt und sachlich zu analysieren, und angebliche „Gewissheiten“ fernab der beiderseitigen Propaganda zu hinterfragen. Bestsellerautor Dr. h.c. Michael Grandt gibt überraschende Antworten auf viele offenen Fragen und präsentiert spannende Fakten und verstörende Details, die hierzulande entweder nicht bekannt, oder wenn doch, weitgehend verschwiegen oder verfälscht werden. Seine Analyse soll ganz bewusst keine einseitige Bewertung und auch keine Parteinahme sein.

